

Zur Lage

Wir werden also eine schwarz-blaue Regierung bekommen. Die Grünen sind rausgeflogen aus dem Parlament und auch sonst (von rühmlichen Ausnahmen wie Birgit Hebein und Faika El-Nagashi abgesehen) aus meiner Wahrnehmung verschwunden. Die Liste Pilz ist geköpft und versucht, trotzdem zu überleben, aber sonst hört man von ihr nichts.

Die SPÖ geht in Opposition. Vielleicht kann sie sich unter Christian Kern als halblinke Kraft profilieren. Das wird nur dann möglich sein, wenn es gelingt, rechte Fransen à la Doskozil und Ludwig (und wie heißt der in Linz?) nachhaltig abzuschneiden. Was aber leider unwahrscheinlich ist.

Und jetzt wird es spannend. Denn es liegt jetzt fast allein an uns, den NGOs, der außerparlamentarischen Zivilgesellschaft, den politischen Kampf gegen das Unrecht zu führen.

Die letzten Verschärfungen des Asylrechts (wie vergessen das nie!) hat noch das bisherige rot-schwarze Regime beschlossen:

So den Zwang, in einem von Amts wegen zugewiesenen Bundesland zu wohnen, auch wenn man anderswo private Bindungen hat. Ebenso die Verpflichtung, in einem bestimmten Quartier zu wohnen, damit man leichter abgeschoben werden kann. Und vermehrte Vollmachten für die Polizei, etwa für Hausdurchsuchungen.

So darf die Polizei in Wohnungen privater Unterstützender eindringen, wenn "aufgrund bestimmter Tatsachen anzunehmen ist", dass eine Person, gegen die ein Festnahmeauftrag erlassen wurde, sich dort aufhält. Die Polizei darf auch Grundstücke betreten, wenn "angenommen" werden kann, daß dort drei Fremde sind, unter ihnen vielleicht ein Illegaler...

Es ist "anzunehmen" (um bei diesem Ausdruck zu bleiben), daß die Polizei davon reichlich Gebrauch machen wird, zumal wenn das Innen-, pardon: Heimatschutzministerium unter dem neuen Regime an die FPÖ fallen sollte.

Es wird der Polizei wohl nicht schwerfallen, einfach "anzunehmen", daß sich in der für die Betreuung Schutzsuchender genutzten Wohnung eines Unterstützers drei Fremde aufhalten und einer davon womöglich "illegal" sein könnte.

Diese Gesetzesbestimmung ermöglicht also die Ausübung von Psychoterror gegen Unterstützende, um die Bewegung zu schwächen.

Es kann aber sehr wohl auch sein, daß dieser Schuß nach hinten losgeht, da vermehrte Hausdurchsuchungen bei inländischen Privatpersonen Empörung auslösen und vermehrten Widerstand zur Folge haben werden. Es kommen also auch in dieser Hinsicht interessante Zeiten auf die Zivilgesellschaft zu.

Jetzt soll es aber mit dem schwarz-blauen Pakt, soweit wir ihn bisher kennen, noch schlimmer werden: Asylsuchende sollen nicht mehr privat wohnen dürfen, also nur mehr in Massenquartieren.

Wohngemeinschaften zwischen Einheimischen und Geflüchteten (wie sie während der großen Fluchthilfebewegung des Jahres 2015 überall im Land entstanden sind!) sollen also, wenn das so durchgeht, verboten sein. Warum wohl? Es soll verhindert werden, daß die Asylsuchenden Deutsch lernen, Freundschaften schließen, womöglich Liebesbeziehungen eingehen, überhaupt: daß sie sich integrieren. Diese Maßnahme ist auch ein Schlag gegen Wien, wo von 19.000 grundversorgten Asylsuchenden 13.000 privat untergebracht sind.

Auch die Einbürgerung wird erschwert: Anerkannte Flüchtlinge sollen nicht wie bisher nach sechs, sondern erst nach zehn Jahren die Staatsbürgerschaft erhalten, also genauso lange warten müssen wie "gewöhnliche" Fremde. Dies steht in Widerspruch zu Artikel 34 der Genfer Flüchtlingskonvention, der ausdrücklich eine erleichterte und beschleunigte Einbürgerung von Konventionsflüchtlings anordnet.

Drastisch gekürzt soll die Mindestsicherung werden, auf die anerkannte Flüchtlinge in gleichem Maße Anspruch wie inländische Arme haben. Diesem Angriff auf das karge Eigentum armer Menschen hat das rot-grüne Wien sich nun entgegengestellt; wir begrüßen das und erinnern das neue schwarz-blaue Regime an das Bibelwort: "Du sollst nicht stehlen!"

Aber auch die inländischen Armen werden unter Schwarz-Blau zu leiden haben. So will die künftige Regierung den Pflegebedürftigen (die ohnedies den Großteil ihres Geldes hergeben müssen) nun auch das bisher vom staatlichen Zugriff verschonte 13. und 14. Monatsgehalt wegnehmen, sodaß sie völlig zu Gnadenbrotempfängern werden.

Wesentlich ist also, daß Verschärfungen in allen gesellschaftlichen Bereichen bevorstehen, nicht nur bei Asyl und Migration, sondern ganz besonders im Sozialbereich. Es ist ein Sparpaket zu befürchten, das gerade die Ärmsten trifft. Hingegen werden Steuergeschenke an die Wohlhabenden ausgeschüttet.

Es ist also eine Regierung der Reichen, die jetzt ans Ruder kommt. Den Widerstand dagegen zu organisieren, wird Aufgabe der Zivilgesellschaft sein: der NGOs, der vielen privaten Initiativen überall im Land.

Wie es ausgeht, hängt davon ab, ob es gelingen wird, die vorhandenen Strukturen der Fluchthilfebewegung mit dem Kampf um die Rechte der Armen insgesamt zu verknüpfen.

Zehntausend Menschen bildeten am 15. November eine Lichterkette um das Regierungsviertel, eine Schutzkette gegen die Machtübernahme durch die Rechtsextremen. Es war nur ein Beginn.

Wiener Linien, bitte seid achtsam!

Nun ist sie also wieder da. Die regelmäßige Durchsage der Wiener Linien, dass das Betteln in den U-Bahn-Anlagen verboten ist. Der Hinweis endet mit der Aufforderung: "Bitte seien Sie achtsam." Das ist neu. Und seltsam. Und verwirrend. Was wollt ihr mir damit sagen, Wiener Linien? Soll ich darauf achten, dass ich beim Warten auf die U6 nicht ganz plötzlich zu betteln anfangen? Oder dass ich Bettelnde den Wiener Linien melde? Oder ... nein, das kann es nicht sein, "achtsam sein" bedeutet ja etwas anderes als "darauf achten".

"Unter Achtsamkeit versteht man eine offene, neugierige und akzeptierende Haltung gegenüber allem, was man gerade tut", sagt mir das Psychologie-Lexikon. Ja, so ungefähr hätte ich das auch verstanden. Und zusätzlich bedeutet Achtsam-Sein für mich auch noch eine besondere Art von Rücksichtnahme. Eine Rücksichtnahme vor allem Schwächeren und Hilfsbedürftigen gegenüber. Genau. In diesem Sinne ist mir das Achtsam-Sein vertraut. Sozialisation? Erfahrung? Keine Ahnung, warum. So verstehe ich das jedenfalls und so bin ich normalerweise auch.

Ich bin achtsam und biete daher alten Menschen, Menschen mit Handicap, Menschen mit kleinen Kindern in U-Bahn, Bim & Bus meinen Sitzplatz an. Ich bin achtsam und gebe daher Bettelnden etwas Kleingeld. Ich bin achtsam und verwechsle Call-Centern-Agents nicht mit dem Betrieb, für den sie arbeiten und bin daher höflich, wenn ich beim Servicetelefon der Wiener Linien anrufe – 01/7909100/DW1:

"Ich rufe wegen Ihrer Durchsage an, dass das Betteln verboten ist. Zum Schluss heißt es da: Bitte seien Sie achtsam. Ich verstehe das nicht. Können Sie ..."

"Das weiß ich jetzt gar nicht so genau, dass das gesagt wird ..."

"Ja, es wird gesagt: Das Betteln in den U-Bahn-Anlagen ist verboten, und dann: Bitte seien Sie achtsam. Was das in diesem Zusammenhang heißen soll, dass hätte ich bitte gern gewusst."

"Ach so, ja. In dem Fall heißt es, dass man denen nix gibt ..."

"Warum?"

"Wir wollen die Leute dahingehend sensibilisieren, dass das Betteln verboten ist, und dass unsere Fahrgäste denen nicht so viel Geld hergeben sollen. So vielen Frauen sitzt ja das Geld locker und wir werden die Bettler nicht los, weil sie so viel kriegen."

Es läutet an der Tür. Ich danke dem Mitarbeiter für die Auskunft und beende das Gespräch. Zehn

Minuten später rufe ich noch einmal an und frage eine seiner Kolleginnen, ob die Wiener Linien mit besagter Durchsage ihren Fahrgästen verbieten, dass sie Bettelnden was geben.

"Nein, das natürlich nicht", sagt sie. "Aber wir machen diese Durchsagen, weil viele sich darüber aufregen von der Allgemeinheit. Die regen sich darüber auf, dass die Leute was geben und darum müssen wir diese Durchsage machen."

"Wie lang soll die noch laufen?"

"Das ist jetzt dauerhaft."

Ich bitte die Telefonistin noch, meine Aufregung über die Durchsage weiterzuleiten, zwecks einer anderen Allgemeinheit, die vielleicht zu einem Achtsam-Sein der Wiener Linien führt, und dazu, dass sie mit der Bevormundung ihrer Fahrgäste und mit dem Verfolgen und Strafen von Armen aufhören.

peter a. krobath

Raues Pflaster Praterstern

Am Wiener Verkehrsknotenpunkt Praterstern nimmt die Polizei das Achtsamkeitsgebot der Wiener Linien besonders ernst. So berichtete jüngst Michael Bonvalot auf seinem Blog:

Samstag abend am Wiener Praterstern. [...] Eine große Gruppe von BeamtInnen treibt offenbar Menschen zusammen, die nicht "weiß" aussehen. Der Großteil der PassantInnen geht unbehelligt an den PolizistInnen vorbei, doch vor allem junge Menschen, die offensichtlich "migrantisch" wirken, werden eine/r nach dem/r anderen angehalten und in den schmalen Durchgang zum wenig benützten Ausgang Richtung Lasallestraße gedrängt. Betroffen sind meist junge Bur-schen, doch ich sehe auch einzelne Frauen und ältere Menschen. Dazu kommen vereinzelt Personen, die scheinbar nicht dem Ideal-

bild der Polizei entsprechen, da sie etwas "deklassiert" wirken, eventuell Alkoholprobleme haben. Marginalisierte Menschen wäre wohl der passende Begriff.

Die betroffenen Personen werden dann aus dem Ausgang Lasallestraße in die Kälte gebracht, insgesamt sind es wohl gut 50 Menschen, die da stehen. Hier ist es menschenleer, ein idealer Ort für eine Massenanhaltung. Die Menschen sind von starken Polizeikräften umringt, davor sind sogar BeamtInnen mit Hunden aufgezogen. Ich beobachte, wie ein Betroffener am Arm gepackt und aus dem Polizeibereich gedrängt wird, nachdem er offenbar kontrolliert wurde.



Ich kann keinen Anlass für das grobe Vorgehen erkennen. [...]

Am Praterstern treibt die Polizei inzwischen weitere Betroffene zusammen. Beim Ausgang Richtung Riesenrad umringen mehrere PolizistInnen zwei junge Burschen. Einer will sofort den Ausweis zeigen, die PolizistInnen nehmen die beiden dennoch mit, um sie zu den anderen Betroffenen zu bringen. [...]

Laut einer anderen Augenzeugin waren noch bis 2 Uhr früh starke Polizeieinheiten am Praterstern konzentriert.

Betroffene, die den "Kessel" verlassen konnten, erzählen: "Wir werden am Praterstern eigentlich fast dauernd kontrolliert und vertrieben". Warum sie dann dennoch hierherkommen? "Es ist ein beliebter Treffpunkt, hier wissen wir, dass wir unsere Freunde sehen."

<http://www.bonvalot.net/wie-die-polizei-am-praterstern-menschen-zusammentreibt-845/>

Daß diese Geschichte kein Einzelfall ist, belegt auch ein Blog-Beitrag von Philipp Sonderegger im September:

Ein Beispiel: In der Wartehalle stehen vier afghanische Jugendliche. Ein Polizeibus fährt vor, eine Gruppe der Bereitschaftseinheiten steigt aus. Das sind fünf Auszubildende sowie ein Offizier in Zupack-Montur. Obwohl die Afghanen kein erkennbar rechtswidriges Verhalten setzen, eilt der Trupp gezielt auf diese zu.

Die jungen Männer haben sichtlich ein Déjà-vu und beginnen sich zu entfernen. Die Polizei hinterher. Zwei Eifrige vorneweg, der Gruppenkommandant bleibt mit etwas Abstand zurück. Hier zählen nicht die Leitbilder der Polizeiführung, sondern der Alltags-Ruf nach Law & Order. Der Ton ist rau, die Körpersprache martialisch.

Ein Polizist nähert sich dem Beobachter und gibt die Anweisung

"Gehn's weiter". Auf die Frage, ob es sich um eine rechtswirksame Wegweisung handle, dreht er wortlos um und widmet sich wieder wehrloseren Personen. "Raus jetzt" herrscht die Beamtin einen Flüchtling an, nachdem alle Personalien überprüft sind und nichts vorliegt. Ihr Zeigefinger ruht im Gestus schräg nach oben, ihr Blick geht am Gegenüber vorbei.

Hätten die Jugendlichen Zugang zu wirksamer Rechtsvertretung, hätte die Republik Österreich ein Nachsehen. In mehreren Punkten verletzt die Amtshandlung die Richtlinien ganz offenkundig. Doch wir, die Republik, lassen unsere Organe derart gewähren, gerade weil die Neankömmlinge keinen tatsächlichen Zugang zum Recht haben. Hier herrscht der sprichwörtliche "rechtsfreie Raum".

<http://phsblog.at/raues-pflaster-praterstern/>

Möge die Übung gelingen!

Die Grünen sind vielleicht doch nicht ganz so blöd, wie es bisweilen den Anschein haben mag.

Die Landesversammlung der Wiener Grünen am Samstag war in vielerlei Hinsicht bemerkenswert.

Zuallererst sei hier natürlich das Aussperren der Medien von der eigentlichen Debatte erwähnt — da scheint jemand in der Partei etwas begriffen zu haben. Denn wenn man diskutieren — sprich: streiten — will und wohl auch muß, geht es nicht an, daß die Akteure sich ständig überlegen müssen, wie denn das in der Zeitung überkommt. Die Unsitte, im kleinen Kreis ohne Medien und auch ohne Basis etwas auszubaldowern, was dann mit Medien- und Druck bei dem angeblich einzig relevanten Gremium, der Landesversammlung, nur mehr abgenickt wird, wurde damit zumindest ein bisserl weniger leicht praktikierbar. Wenn die Bundespartei das übernehmen könnte, gäbe es vielleicht keine Beschlüsse mehr, die mit vorgehaltener Fernsehkamera erpreßt werden.

Die Präsentation und Anerkennung einer neuen "Grünalternativen Jugend" wirkte hingegen ein bisserl aus dem Hut gezaubert — wer diese jungen Leute sind und was sie repräsentieren und ob sie überhaupt willens sind, die "Erwachsenenpartei" zu fordern, wie es sich für eine anständige Jugendorganisation gehört und wozu sie der Name der alten "GAJ" wohl auch verpflichtet, bleibt abzuwarten. Auf

alle Fälle sorgte der Vorstellungsevent für gute Laune auf der Landesversammlung — was wohl auch der eigentlich Zweck war.

Nachdem man die Medienvertreter bei den wichtigen Debatten hinausgeschickt hatte, ist man aber natürlich auf Hörensagen der Beteiligten angewiesen. Auch wie die beschlossene Form des Leitantrags dann konkret im Wortlaut ausgesehen hat, war auch jetzt bis Redaktionsschluß nicht eruierbar — immerhin: man will sich "erneuern", soviel ist klar. Ob man sowas per Parteitagebeschuß machen kann, ist natürlich fraglich, doch die Ansätze, jetzt einmal in Arbeitsgruppen generell die gesamte Struktur in Frage stellen zu wollen, ist zumindest vielversprechend.

Interessant sind in diesem Zusammenhang informelle Statements im Vorfeld und jene Anträge, die zwar gestellt, aber mit dem Versprechen, sie im Leitantrag und im darauf folgenden Diskussionsprozeß zu berücksichtigen, dann doch zurückgezogen wurden. Nein, der im Vorfeld medial so ausgebreitete Antrag auf Absetzung der Chefin ist da nicht gemeint — daß der durchgehen würde, war ja auch nicht zu erwarten. Ein Mißtrauensvotum, das nicht mal konstruktiv ist, also keine Alternativen anbietet, kann nicht durchgehen. Dazu kommt, daß man ja auch noch auf einen Koalitionspartner, der selbst gerade nicht weiß, wohin er eigentlich will, Rücksicht nehmen muß. Von der sozialdemokratischen Treue zum Vorsitz, die ja auch bei den Grünen herrscht, brauchen wir da gar nicht zu reden. Man stelle sich vor: Ein Parteitag endet mit dem Beschluß, ohne faktische Vorsitzende dazustehen — auch wenn es nur darum ging, die Vizebürgermeisterin, die formal ja keine Parteichefin ist, aufzufordern, sich aus ihrer Funktion zurückzuziehen. Der Antrag wurde dann auch zugunsten einer Vertrauen-

sabstimmung zurückgezogen. Daß unter diesen Bedingungen allerdings doch ein Viertel der Anwesenden nicht das Vertrauen aussprechen konnte, macht klar, daß die Tage der Vizebürgermeisterin in dieser Funktion gezählt sind.

Viel spannender als dieser halb gelungenene Königinnenmord sind andere Statements. Zum Beispiel dieses: "Mit dem Wachstum der Grünen Bewegung wuchsen auch die Widersprüche. Unser Anspruch an Politik läßt sich manchmal schwer mit dem Regierungsdenken in Koalitionen zusammenbringen. Wir sind Kompromisse eingegangen, um in sechs Landesregierungen gestalten zu können und auch, um dort rechte Mehrheiten zu verhindern. Dabei hat unsere Grüne Politik Ecken und Kanten verloren, ist mit Projekten unserer Koalitionspartner_innen verschwommen, hat nach innen gewirkt und nach außen oft

irritiert sowie ein enges Organisationsnetzwerk etabliert, in dem wir beratungs- und kritikresistent wurden.

Keine Frage: Wir müssen das anders und besser machen." So schreibt der Landessprecher in der Einladung zur Landesversammlung. Intern zirkulierende Papiere waren da noch viel deutlicher. Da ist davon die Rede, daß man die Grundlagenarbeit und Diskussionsfähigkeit zugunsten von Marketing und "Professionalisierung" einfach gekübelt hat.

Ein weiterer — zugunsten des Leitantrags zurückgezogener — Antrag fordert ein "Monitoring" der Arbeit der Abgeordneten und FunktionärInnen sowie eine "Legitimationsverpflichtung" und zwingendes Feedback an die Basis. Wenn man das liest, merkt man, daß der Verfasser Vorstellungen eines imperativen Mandats vertritt — auch wenn man das natürlich explizit nicht so nennt.

Der Einfluß solcher State-

ments ist nicht zu unterschätzen — sie formal zu beschließen ist da gar nicht notwendig und war wohl auch gar nicht beabsichtigt.

Noch mehr über die Bande allerdings spielte Christoph Chorherr. Der blogte kurz vor der Landesversammlung etwas zu den Koalitionsverhandlungen in Deutschland. Den deutschen Grünen schlägt er vor, statt Koalitionsverhandlungen mit Regierungsübereinkommen lediglich Verhandlungen über eine Unterstützung einer Regierung zu führen, die sich dann im Parlament ihre Mehrheiten suchen müßte — das würde schließlich auch den

Parlamentarismus stärken, so Chorherr. Wenn ein österreichischer Landespolitiker sowas schreibt, meint er aber wohl eher den abrasiven Effekt, den die Grünen in österreichischen Bundesländern erleiden, wenn sie in Koalitionen sitzen — hier geht es um die Vorstellung eines Königsweges um mitzuregieren ohne nennenswerten Profil- und Substanzverlust. Nicht zuletzt die Wiener Grünen sind da der Adressat — auch, weil man ja nicht weiß, wohin sich denn der hiesige Koalitionspartner in Zukunft wenden wird.

Es tut sich also etwas in der

Partei — zumindest in der Wiener Landesorganisation. Die Bundespartei verharrt ja nach wie vor in Schockparalyse. Wie sehr die Abgeordnetenklubs eine Partei dominieren, ist ja genau daran abzulesen, daß die Bundespartei ohne einen solchen Klub derzeit gar nicht existent erscheint. Auch das war wohl der jetzigen Wiener Landesversammlung eine Lehre.

Es ist etwas in Bewegung. Und man streitet wieder bei den Grünen. Das ist gut so. Da könnte was Gescheites herauskommen. Möge die Übung gelingen!

Bernhard Redl

Juri, Heinz und Vasili

Vor geraumer Zeit lernte ich auf Cuba einen österreichischen Diplomaten kennen, der den hierzulande doch eher seltenen Vornamen Juri trug. Er erzählte mir, dass sein Vater im zweiten Weltkrieg an der Front auf einen russischen Soldaten traf. Beide hätten schießen können, ja sollen, ja müssen. Sie verständigten sich jedoch darauf, dies zu unterlassen – und, sollten sie den Krieg überleben, ihren ersten Sohn nach dem jeweils anderen zu benennen. So kam der spätere Botschafter zum Namen Juri.

Ob irgendwo in der Sowjetunion ein ungefähr gleichaltriger Heinrich existierte, hat er nie erfahren.

War sein Vater ein Verräter? Oder ein Held?

Definitiv ein Held war Vasili Alexandrovich Arkhipov. Am 27. Oktober 1962, während der Kubakrise, verweigerte er den Abschuss eines mit einem atomaren Zehn Kilotonnen-Sprengkopf bestückten Torpedos, obwohl sein U-Boot von US-Amerikanischen Schiffen mit Wasserbomben angegriffen wurde und der sowjetische Kommandant, der wegen der Tauchtiefe keine Funkverbindung hatte, deshalb davon ausging, dass ein Krieg begonnen hätte.

Dies war der wohl gefährlichste Moment in der bisherigen Geschichte der Menschheit.

Dass Arkhipov sehr wahrscheinlich den Ausbruch eines weltweiten Atomkriegs verhindert hat, wurde übrigens erst 2002 im Rahmen einer Historikertagung in Havanna öffentlich bekannt. Vier Jahre davor war Arkhipov an Krebs gestorben, vermutlich die Folgewirkung eines Strahlungsunfalls, wegen der mangelhaften Abschirmungen. Ob ihm irgendwo auf der Welt, die er gerettet hat, ein Denkmal gesetzt wurde, konnte ich bis jetzt nicht herausfinden.

Österreich, genauer Wien, hat seit zwei Jahren ein Denkmal, das Menschen Respekt erweist, die sich Befehlen widersetzen und eine eigene Entscheidung trafen. Primär ist es den Verfolgten der nationalsozialistischen Militärjustiz gewidmet. Ich bin mir aber ziemlich sicher, dass die mehr als 30.000 als Deserteure oder sogenannte “Wehrkraftzersetzer” Hingegerichteten nichts dagegen hätten, wenn an der begehren Skulptur am Ballhausplatz, zwischen Bundeskanzleramt und Präsidentschaftskanzlei, auch Juris Vater, dessen russischen Gegenübers und nicht zuletzt Vasili Alexandrovich Arkhipovs gedacht wird.

Ihnen und allen anderen, die statt zweifelhaften Befehlen ihrem Gewissen folgten, sollten wir und viele weitere Generationen uns zu Dank verpflichtet fühlen.

Leo Lukas

VdBs Wohl- gefallen

Zu akin 23/2017

Aus der Begründung des Aufrufs von SOS-Mitmensch zur Demonstration am 15. Nov. am Ballhausplatz: Es soll auch ein Signal an Bundespräsident Alexander Van der Bellen gesendet werden, "dass er standhaft bleiben und nur vertrauenswürdige Demokratinnen und Demokraten als Ministerinnen und Minister an geloben soll." Nun, nach Kaiser Karl I. (und "der Letzte", auch wenn er vom Papst "selig" gesprochen wurde) — also seit 1918/1919 — gilt: eine Bundesregierung braucht das Vertrauen des (immer noch "geheim") gewählten Nationalrats der Republik Österreich und NUR dieser Volksvertretung — und ist Niemandes — "meine Regierung". Tatsächlich haben Print- und andere Medien berichtet, VdB hätte gesagt, 2 FPÖ-Herren nicht an geloben zu wollen. Angeblich hat das BPräs. Klestil schon vorgemacht (bei den Herren Prinzhorn und Kabas). Das B-VG bestimmt im Art. 70 (Abs. 2): "Zum Bundeskanzler, Vizekanzler oder Bundesminister kann nur ernannt werden, wer zum Nationalrat wählbar ist; [...]". Von des Bundespräsidenten "Wohlgefallen" steht nichts. Die Verantwortung für die Auswahl des Regierungspersonals müsste sich sonst der Bundespräsident mit der jeweiligen Regierungspartei fairerweise irgendwie teilen..., oder?

Georg Becker

Jein!

Eine Antwort auf Obiges

Lieber Georg Becker, man kann kritisieren, daß mit der Verfassungsreform 1929 der Bundespräsident wieder wie einst der Kaiser mit der Berufung des Regierungschefs beauftragt wurde. Allerdings ist es tatsächlich so, daß der BP eine Mitverantwortung für die Regierung hat — laut B-VG ist nicht das Parlament sondern der Bundespräsident berufen, den Regierungschef zu designieren. Abs. 1 des Art 70 B-VG besagt nämlich auch: "Der Bundeskanzler und auf seinen Vorschlag die übrigen Mitglieder der Bundesregierung werden vom Bundespräsidenten ernannt." Warum das im Indikativ formuliert ist, darüber mögen Historiker, Germanisten und Juristen streiten. Man hätte natürlich eine Modalkonstruktion nehmen können: Der Bundespräsident "kann", "soll", "darf" oder "muß" auf Vorschlag des Bundeskanzlers die übrigen Mitglieder der Regierung bestellen — man wollte es aber offensichtlich in der Schwebe halten. Möglicherweise geschah dies, um die "Check and Balances" zu gewährleisten. Nach gängiger Lehre heißt das aber, daß der Bundespräsident eben nicht verpflichtet ist, diesem "Vorschlag" Folge zu leisten. Das ist aber auch nur logisch, denn der Bundespräsident ist nicht nur der höchste Repräsentant der Republik, er ist auch das einzige vom Volk gewählte Exekutivorgan — und deswegen hat er nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht, nach eigenem Ermessen zuerst den Regierungsauftrag zu erteilen und dann die Minister zu bestellen. Das entspricht exakt der Verfassungsidee und dem Gebot Montesquieus der Gewaltentrennung.

Daß der BP in der Realverfassung eben den sogenannten "Rollenver-

zicht" (seltener und veraltet, aber treffender: "Gewaltverzicht") übt und sich statt an seiner Überzeugung an den Mehrheiten im Parlament orientiert, ist eigentlich gegen den Geist der Verfassung. Denn das Parlament hat eben nur ein Vetorecht gegen eine Regierung und selbst dieses ist ein wenig zuviel des Guten. Schließlich ist der Nationalrat als Legislative gewählt und als Kontrollorgan der Exekutive, nicht aber als Exekutive selbst.

Die jetzt passierende Regierungsbestellung liegt daher formal voll in der Verantwortung des Präsidenten. Wenn VdB nun also tatsächlich Minister ablehnen sollte, kommt er wenigstens ein klein wenig dem offiziellen — und nach diesem BP-Wahlkampf auch tatsächlichen — Wählerauftrag nach. Wenn er hingegen unhinterfragt angelobt, was ihm "vorgeschlagen" wird, wäre das Verrat an seinen Wählern. Und damit wirklich undemokratisch. Denn das Wohlgefallen des Präsidenten sollte nach geltender Verfassungslogik sehr wohl auch das Wohlgefallen des Souveräns sein, den der Präsident mit seiner Wahl zu vertreten hat.

Aber brauchen wir so etwas wie einen Präsidenten oder einen Regierungschef oder sonstige Vater-, Kaiser- oder Führerfiguren überhaupt? Nun, das ist eine andere Geschichte...

Bernhard Redl

Kommentierte Presseschau

Kapitalistisches Schulbeispiel

Manche Geschichten sind so typisch für unsere Zeit, daß man sie erstmal gar nicht glauben mag. Aber da die "Kleine Zeitung" nicht so wirklich im Verdacht steht, anti-kapitalistische Propaganda verbreiten zu wollen, wird diese Story wohl wahr sein. Es geht um eine Industriefirma, die in den 70er-Jahren als familiengeführter Betrieb in Kötschach-Mauthen gegründet worden war und so erfolgreich, daß sie in ihren besten Zeiten über 200 Menschen einen Arbeitsplatz bot — im industriearmen Gailtal ein extrem wichtiger Arbeitgeber. Die Geschäfte gingen eine Zeitlang ganz gut für den Produzenten von Wärmetauschern. Doch dann erweiterte sich die Firma auf Produktionsstätten im Ausland. Und schließlich wird sie zuerst an eine "Investorengruppe" und danach, 2007, an einen finnischen Konzern verkauft. Der Konzern "sanierte" die Firma — zuerst gabs Kurzarbeit und dann Kündigungen. Und schließlich verkaufen die Finnen die Firma weiter an einen US-Konzern. Ein Jahr war die Firma Teil dieses Konzerns — und jetzt sperrt dieser sie einfach zu. Nicht, weil er unrentabel gewesen wäre, sondern weil man anderswo billiger produzieren kann. Der Konzern namens Modine bedankt sich recht herzlich: "Wir bedanken uns ausdrücklich bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und unserem lokalen Management-Team für ihre harte und engagierte Arbeit in den letzten Jahren" zitiert die "Kleine" einen Konzernsprecher. Den Dank kann man wohl glauben, der Konzern ist Weltmarktführer in genau der Nische, die die Kärntner Firma auch bediente — man hat einen Konkurrenten gekauft, das Know-How genommen und läßt nun den Rest eingehen.

Und nun kommt die Politik und

das klingt dann so: "Landeshauptmann Peter Kaiser und Arbeitsmarktreferentin Gaby Schaunig haben Dienstagvormittag bereits die erste Verhandlungsrunde zur Festlegung eines Sozialplans gestartet - gemeinsam mit AMS und dem 'Verein zur Förderung der Kärntner Arbeitsstiftungen'. 'Selbstverständlich sind wir von Seiten des Landes bereit, die Einrichtung einer Arbeitsstiftung zu unterstützen. Es ist auch davon auszugehen, dass Modine finanzielle Verantwortung für die Mitarbeiter übernehmen wird', sagt Schaunig. Letztlich sei die Schließung des Betriebes, aus strategisch-betrieblichen Überlegungen passiert — Insolvenz oder die Gefahr einer Insolvenz liegen nicht vor. Modine kündigt an, die Schließung 'sozial abzufedern'. [...] 'Wir erwarten uns bei den anstehenden Verhandlungen zumindest guten Willen', sagten AK-Präsident Günther Goach und ÖGB-Landesvorsitzender Hermann Lipitsch zur Modine-Schließung. Immerhin würden die Arbeitnehmer knapp vor Weihnachten 'ohne Verhandlungsspielraum' vor die Tür gesetzt. [...] Mehr als die Hälfte der 150 betroffenen Dienstnehmer der Firma Modine sind älter als 50 Jahre."

Und was macht man mit diesen Menschen jetzt? Lipitschs Idee für eine "berufliche Umorientierung" der Betroffenen: "In der Region herrscht ein großer Personalbedarf im Bereich der Pflegeassistenten."

Ja, jetzt machen wir aus Industriearbeitern zwischen 50 und Pensionsanspruch schnell man Pflegehelfer — ist ja eh fast das Gleiche. Nein, das kommentiere ich jetzt nimmer...

http://www.kleinezeitung.at/wirtschaft/5319573/Gailtal_146-Mitarbeiter-verlieren-Arbeitsplatz_Sozialplan-soll

Zur Vorgeschichte des Betriebs:
<https://www.meinbezirk.at/hermagor/wirtschaft/technik-vom-gailtal-die-keinen-kalt-laesst-d841235.html>

Von Spitzenpolitikern, -leistungen und -gehältern

Die Sache mit dem Zusatzgehalt von Christian Kern von der Partei, um dessen nun wirklich als spärlich zu bezeichnendes Salär eines einfachen Nationalratsabgeordneten aufzufetten, machte ja in den Medien ziemlich die Runde. Euren Zeitungsleser hat das nicht sonderlich aufgeregt — es war ja nur konsequent. Die SPÖ hat sich einen Spitzenmanager geholt und der hat für den Posten eines Kanzlers mit entsprechender Entlohnung unterschrieben. Jetzt ist er halt nicht mehr Kanzler, aber natürlich möchte er, daß sein Vertrag auch weiter vom Auftraggeber eingehalten wird — so wie er das bei einem Konzern auch verlangt hätte und das die Manager seiner Gehaltsstufe auch immer pflegen. Das ist nur logisch. Das eigentliche Problem ist, daß diese sogenannte Arbeiterpartei der Meinung war, sie müße einen Konzernmanager abwerben, um einen Vorsitzenden zu bekommen.

Wenn man dann aber zu diesem Thema den Kommentar von Andreas Koller in den Salzburger Nachrichten liest, kann man schon nicht mehr so ruhig bleiben: "Weil es eben in unserem Wirtschaftssystem so ist, dass man für Leistungen ein Entgelt bezieht. Ja richtiger Einwand, hier geht es um deutlich höhere Beträge als das, was eine Krankenschwester oder Kindergärtnerin, ein Altenpfleger oder Fliesenleger verdient. Es zeugt aber nicht von überragender gesellschaftlicher Intelligenz, wenn wir von unseren Politikern erwarten, sich stets am unteren Ende der Gehaltsskala zu orientieren. Jene, die das Volk repräsentieren und führen — und dazu gehören auch Oppositionspolitiker —, sollen ordentlich ausgestattet sein, mit ordentlichen Gehältern und Büros und Dienstwagen. Wem das nicht passt, der kann sich ja selbst zur Wahl stellen."

Ahja, Politiker sollen laut Koller das Volk führen und solche Führer sollen auch dementsprechend ver-

dienen — nun, mal abgesehen von der Wortwahl (das mit dem Führer hatten wir schon mehr als einmal), ist ein Politiker von der immer wieder behaupteten Grundidee her ein Untergebener des Souveräns, des sogenannten Volkes. Wieso braucht der ein Spitzengehalt? Und seit wann ist es eine Frage unseres Wirtschaftssystems, was ein Staatsbediensteter verdient? Soll es wirklich so sein, daß Politik ein ökonomisch lukratives Karriereangebot ist? Von welchen Spitzenleistungen reden wir denn da überhaupt? Und zuletzt ganz generell: Wieso braucht jemand, der führt, mehr Geld, als jemand, der die Drecksarbeit macht? Um wieviel mehr leistet ein Chef mehr als seine Putzfrau? Diese Fragen sollte man wohl auch einmal stellen.

Ja, Politiker sollen ihren Job nicht gratis machen — sonst machen ihn nur mehr jene Couponschneider und Rentenskapitalisten, die kein Einkommen nötig haben. Und ja, das ist ein harter und unsicherer Job. Aber das sind andere auch — und wenn der Chef der Arbeiterpartei das fünf- bis zehnfache Bruttogehalt eines ungelernten Arbeiters oder einer Billa-Kassiererin in Anspruch nimmt, dann stimmen die Relationen einfach nimmer.

Salzburger Nachrichten, Printausgabe, 27.11.2017 (Die Online-Version dieses Textes ist hinter einer Paywall versteckt.)

Demokratisches

Apropos Politik und Wirtschaft: Wenn das Medienprojekt "Addendum" im Sold des Dosen-Tycoons unter dem Titel "Wie sich die Parteien in die Verfassung zementiert haben" über die offizielle Politik herzieht, ist natürlich Vorsicht angebracht — das riecht förmlich nach einer neoliberalen Politikkritik, die dem unregulierten Kapitalismus im Wort steht. Doch der Text (erschien 2 Tage nach der letzten NR-Wahl) ist lesenswert: "Es gibt eine Realität, in der die Grünen dieser Tage nicht zittern müssten, ob sie weiterhin im

Nationalrat vertreten sein werden. Eine Realität, in der die große Koalition nach der letzten Nationalratswahl 2013 nicht mit bequemen acht Mandaten über der einfachen Mehrheit von 92 abgesichert war, sondern bloß mit zweien. Eine Realität, in der das BZÖ mit sechs Mandaten im Nationalrat vertreten ist, die Kommunisten mit zweien, und sogar ein einzelner Pirat einen Platz im Parlament hat." Die Rede ist von der 4%-Hürde, ohne die der letzte Nationalrat bei gleichem Wahlergebnis genau so ausgesehen hätte (Nebenbei: Ohne diese Hürde würden Wahlergebnisse sowieso anders aussehen, weil das mit der "Verlorenen Stimme" nicht mehr griffe). Ja, ich gestehe, solche Passagen bringen mich dann doch dazu, so einem Text mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

Natürlich, einiges davon ist wohl schon dem Auftraggeber geschuldet, der nicht so recht einsehen will, warum so viel Steuergeld für politische Arbeit aufgewendet wird. Aber manche Fragestellungen sind allerdings bemerkenswert: "In der Bundes-Parteienförderung erhält etwa jede Partei mit mehr als 5 Abgeordneten einen Basisbetrag von 218.000 Euro, das waren bei fünf solchen Parteien im Nationalrat 1,09 Millionen Euro, die gleichmäßig verteilt werden – der Rest, also fast 29 Millionen Euro jedes Jahr, wird anteilig, 'im Verhältnis der für sie bei der letzten Nationalratswahl abgegebenen Stimmen' verteilt. Kritisch kann man das sehen, wenn man fragt, ob große Parteien zwingend mehr Aufgaben haben als kleine – oder ob nicht alle im Parlament vertretenen Parteien grundsätzlich denselben Aufwand in ihrer politischen Arbeit haben."

Und bei manchen Details muß man auch bei aller notwendigen Verteidigung von Betrieben der öffentlichen Hand sagen, daß da einfach Scheiße passiert: "Ein Beispiel aus Oberösterreich, wo 2015 Landtags- und Gemeinderatswahlen stattgefunden haben: Die städtische Linz AG hat die Inserate in

Parteimedien institutionalisiert. 'Seit 2010 können Linzer Gemeinderatsfraktionen um Inseratsschaltungen bis max. 15.000 Euro pro Jahr ansuchen', lässt der städtische Energieversorger wissen. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben von diesem Volumen Gebrauch gemacht, an den Rechnungshof gemeldet hat das aber nur die FPÖ." Ja, das ist dann halt nicht so ganz koscher — tragisch, daß man dazu Red Bull braucht, um so etwas zu thematisieren.

<https://www.addendum.org/demokratie/parteien-verfassung/>

Im Namen der All-Gemeinheit

Ein Rechtsfall aus Deutschland läßt Erinnerungen an den Fall des Jenaers Josef S. wach werden, der nach dem Akademikerball ohne wirklich stichhaltige Beweise seiner Schuld monatelang in U-Haft saß. Im gegenständlichen Fall geht es um einen jungen Italiener, der bis Montag seit den G20-Protesten in Hamburg im Juli seine Zeit in der U-Haft verbringen mußte — auch hier gibt es keine konkreten Vorwürfe außer "Landfriedensbruch". Fabio V. wurde offensichtlich zum Opfer der Politik, die — namentlich Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz — "harte Strafen" gegen die "G20-Randalierer" gefordert hatte. Jetzt mußte man V. doch freilassen — allerdings nicht ohne eine kleine Gemeinheit, wie der "Norddeutsche Rundfunk" berichtet: "Die zuständige Richterin des Amtsgerichts Altona wollte ihn bereits in der vergangenen Woche entlassen. Die Staatsanwaltschaft hatte dagegen Beschwerde eingelegt. Nach tagelangem Gerangel hat das Hanseatische Oberlandesgericht nun der Haftverschonung zugestimmt. Es hat aber zur Auflage gemacht, dass die 10.000 Euro Kautions, die Fabios Mutter hinterlegt hat, auf seinen Namen eingezahlt werden muss. Das hat der Senat am Freitagnachmittag verkündet — als die Hinterlegungsstelle schon nicht mehr besetzt war." Weswegen V. noch das

Wochenende in Haft verbringen durfte.

<https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Gericht-entlaesst-G20-Gegner-aus-U-Haft,gipfeltreffen724.html>

Klartext in der ARD

Apropos deutscher öffentlicher Rundfunk: Bis dorthin hat sich jetzt auch durchgesprochen, was eigentlich eh schon länger klar gewesen ist, nämlich, was es wirklich mit der "Griechenlandrettung" auf sich hatte. Huffingtonpost.de berichtet über ein Interview, das Varoufakis nun der ARD gegeben hat: "Griechenlands ehemaliger Finanzminister Yanis Varoufakis argumentiert deshalb immer wieder, dass das eigentliche Ziel der Milliardenkredite für Griechenland nicht die Rettung der Griechen gewesen sei, sondern die der großen europäischen Banken. In einem Interview mit der ARD-Sendung 'Titel, Thesen, Temperamente' ('ttt') behauptete der umstrittene Politiker nun sogar: Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble seien sich dessen mehr als bewusst gewesen - und hätten das eigene Volk belogen. [...] 'Als der große Zusammenbruch des Finanzsektors stattfand, entdeckte die deutsche Regierung bald zu ihrem Entsetzen, dass die Deutsche Bank und alle anderen deutschen Banken 'kaputt' waren', sagte Varoufakis im Gespräch mit 'ttt'. Über Nacht und in nur 24 Stunden habe Bundesrepublik dann den Banken 500 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt, um diese zu retten.

Angela Merkel sei davon geschockt gewesen, habe sie doch als konservative Politikerin 'auf jeden Pfennig, jeden Euro' geachtet. Den Milliardenkrediten habe sie zugestimmt, weil ihr Stab ihr erklärt habe, dass die Geldautomaten sonst kein Geld mehr ausspucken würden. 'Und dann wurde ihr ein paar Monate später gesagt, sie brauche noch ein paar hundert Milliarden mehr, weil der griechische Staat bankrott ginge', sagte Varoufakis. 'Dieselben Banken würden

wieder Konkurs gehen, wenn der griechische Zahlungsausfall nicht abgewendet werden würde.' Also habe es ein zweites Rettungspaket gegeben, für deutsche und französische Banken, 'getarnt als ein Akt der Solidarität mit Griechenland.' Hier liegt für Varoufakis das Problem: Er glaubt, Merkel und Schäuble hätten öffentlich zugeben müssen, dass die Finanzhilfen für Griechenland vielmehr Finanzhilfen für die europäischen Großbanken seien."

Nun, wie gesagt, alles nicht wirklich neu — aber das war (abgesehen von der Satiresendung "Die Anstalt" des ZDF) eher noch nicht so klar im deutschen Fernsehen zu hören gewesen. Im österreichischen sowieso nicht.

http://www.huffingtonpost.de/2017/11/14/varoufakis-merkel-schaeuble-finanzkrise_n_18548692.html

Über-Popper

Zuschlechtertetzt nochmal Deutschland: Wolf Biermann durfte anlässlich des Jubiläums der Oktoberrevolution für das "Redaktions-Netzwerk Deutschland" (Verlags-gesellschaft Madsack, größter Mit-eigentümer ist die SPD) seine Wahrheiten über den Kommunismus zum Besten geben. Seine Begründung dafür, warum er sich früher als Kommunisten verstanden habe: "Die Tatsache, dass mein Vater Dagobert Biermann zwanzig Jahre später, wie so viele seiner Genossen, für seine kommunistische Überzeugung im Nazi-Gefängnis landete und im Konzentrationslager starb, machte die Religion unserer kommunistischen Märtyrer für mich sakrosankt." Doch dann wurde er mit dem Realsozialismus konfrontiert: "Ich stritt in der DDR mit den Betonköpfen der SED-Nomenklatura nicht um die kommunistische Idee selbst, sondern um ihre menschenverachtende, die totalitäre Praxis. Dabei glaubte ich, dass Demokratie und Kommunismus als spannungsreiche Einheit zusammen funktionieren können. Das erwies sich als Irrtum! Aber, Ironie des Schicksals:

Ausgerechnet diese Illusion gab mir den Mut, mich in den Streit zu werfen."

Soweit kann man Biermann ja noch folgen. Aber dann kommt er mit dem raffiniertesten Kapitalismus-Apologeten überhaupt daher: "Die Hybris, die uns versuchen lässt, das Himmelreich auf Erden zu verwirklichen, verführt uns dazu, unsere gute Erde in eine Hölle zu verwandeln.' Der Philosoph Sir Karl Popper prägte diese Einsicht über die kommunistische Hybris in seiner Schrift 'Das Elend des Historizismus'. Mir dämmerte diese schreckliche Wahrheit erst spät, in meinem siebten West-Jahr, Anfang der 80er-Jahre. Seitdem akzeptiere ich Poppers Verdikt. Ich muss seinem Urteil aber in einem wichtigen Punkt widersprechen: Jeder Versuch, das Himmelreich auf die Erde zu zwingen, ist eine Anmaßung, gewiss, aber er verführt uns nicht, nein, er zwingt uns! — er zwingt jeden Menschheitsretter, unsere Erde in eine Hölle zu verwandeln." Denn: "egal, ob dieser oder jener humanistisch inspirierte Revolutionär es gut meinte, oder ob er dann ein so mörderischer Kommunist wie Stalin oder Feliks Dserschinski oder Ulbricht oder Mielke wurde und die praktische Schmutzarbeit machte — der Anspruch darauf, eine ideale Lösung des menschlichen Zusammenlebens zu erzwingen, zwingt sie alle in die totalitäre Diktatur. Die Protagonisten werden eliminiert oder sie eliminieren, sie morden und werden ermordet. Diese Missetaten, die Verbrechen meiner einstmaligen eigenen Leute, blieben und bleiben mein größter Kummer und mein tiefster Zorn. Es wird sicher niemals ein Gemeinwesen geben, das alle Menschen glücklich macht. Aber die unvollkommenste Demokratie ist unendlich viel besser als die beste Diktatur."

Ja, klar, der Kommunismus als solcher ist böse. Da soll man noch Hoffnung haben, wenn ein Wolf Biermann den Kapitalismus mit Demokratie gleichsetzt und den Kommunismus mit Diktatur? Wenn

man Biermanns Geschichte kennt, kann man das schon verstehen. Für ihn war ja der Mauerfall eine einzige Genugtuung, die er damals auch zelebrierte. Aber muß er deswegen gleich in Bausch und Bogen jeden Versuch, die Welt zu einem

besseren Ort machen zu wollen, als grauslichen Irrweg verdammen? Noch dazu mit Popper???

Zitiert nach: "Märkische Allgemeine":
<http://www.maz-online.de/Nachrichten/Politik/Wolf-Biermann-ueber-Utopie-des-Kommunismus-und-spaete-Erkenntnisse>

So nicht anders angegeben, beziehen sich die Zitate auf die Online-Ausgaben der erwähnten Medien. Zeitungsleser: -br-

¡Venceremos!

Vor genau einem Jahr starb Fidel Castro

Fidel Castro überlebte mehr als sechshundert Attentate, starb aber ruhig im hohen Alter. Westliche Medien suchten vergebens in der Insel sogar unter den Steinen, um jemanden zu fotografieren, der nicht getrauert hätte.

Dafür müssen wir hier in Europa die immer wiederholte Szene der paar Dutzend tanzenden Exilkubaner aus Miami sehen sowie Dokumentarfilme, in denen Fidel Castro zum Tyrannen gemacht wird. Dennoch müssen sie auch die Erziehungs- und Gesundheitsfortschritte zeigen, unter anderem weil es keine bloßfüßigen und bettelnden Kinder auf der Straße gibt. Der Schweizer Internationalist Walter Wendelin schrieb dazu einen sehr passenden Satz, den ich frei übersetzt habe:

"Aus der Perspektive unseres überheblichen Eurozentrismus und träumerischen Pragmatismus wissen wir wenig über die Geschichte von Ländern wie Botswana, Burkina Faso, Vietnam, Grenada sowie von vielen anderen Prozessen. Sie interessieren uns auch nicht. Aber wir glauben, alles oder fast alles über Kuba zu wissen. Ist es weil die Kubaner sich besser verkaufen konnten, trotz der kriminellen Blockade? Nein, die Realität ist genau umgekehrt: In Kuba hat das Volk gesiegt und Widerstand geleistet, und baut weiter in der entgegengesetzten Richtung der Interessen des Imperiums und seiner Diener auf. Eben

deswegen ist es für die westlichen Machtträger so notwendig, dass wir alles über Kuba kennen, dass wir glauben, alles besser zu wissen als die Kubaner selbst. Und so geht es uns."(2)

Nachdem Herbert Matthews sein berühmtes Interview mit Fidel Castro in seinem Guerillalager in der Sierra Maestra 1957 in der Times veröffentlichte, hat es in meiner Uni in Mexiko angefangen zu brodeln. Und als sein Siegeszug mit Camilo Cienfuegos, Ernesto Guevara, Raúl Castro und hunderten von Kämpfern am 8.1.59 in Havanna eintraf, wussten wir, nicht nur in Mexiko, sondern in ganz Lateinamerika, dass die Befreiung vom Imperium möglich ist, wenn auch Fidel in seiner ersten Rede vor seinem Volk behauptete, ab diesem Moment würde es schwieriger werden als zuvor.

Nicht nur die oben genannten Mitkämpfer von Fidel haben diesen Sieg ermöglicht, aber wer in Europa weiß etwas über Frank País, Melba Hernández, Celia Sánchez oder Haydee Santamaría?

In den USA wurden 1959 Mützen mit Bärten als Guerillaverkleidung für Kinder verkauft (3), aber als klar wurde, dass die Revolution kein Maskenball war, hat der später ermordete J.F. Kennedy einen militärischen Angriff auf Kuba befohlen.

Es gibt eine kleine-große Geschichte zum Thema "Diktator":

Wie bekannt, haben 1.320 kubanische Exilanten - mit geheimer Unterstützung der CIA - am 17. April 1961 eine Invasion in der Schweinebucht (Playa Girón für die Kubaner) durchgeführt. Der Angriff hatte den Sturz der Revolutionsregierung zum Ziel. Fidel leitete die militärische Verteidigung, nicht aus der Ferne, sondern aus der ersten Schusslinie. Von der kubanischen Seite sind 176 Revolutionäre gefallen, in den Ränken der Kontras gab es 118 Tote und 1.202 Gefangene. Die Gefangenen wurden vor Gericht gebracht (4), es wurde ihnen erlaubt, in absoluter Freiheit durch das Fernsehen ihre Absicht, die Regierung zu stürzen, auszudrücken. Danach hat man sie gesund, wohlgenährt und frisch gebadet nach Miami zurückgeschickt. Mitten im Kalten Krieg! Man kann sich den Frust der Amis vorstellen, die sich eine massive Unterstützung der Invasion erhofft hatten.

Sechzehn Jahre später sind 55 junge Kubaner, die als Kinder von ihren Eltern in die USA gebracht worden waren, freiwillig zurück in ihre Heimat gereist. So wurde die Brigada Antonio Maceo in den Vereinigten Staaten gegründet, die inmitten der reaktionären Exilkubaner die nordamerikanische Gesellschaft über die Realität in Kuba informieren und alle Jahre zur Zuckerrohrernte auf die Insel reisen.

Im Oktober 1960 begann die Blockade - euphemistisch "Embargo" genannt - gegen die Insel. Wie pervers sie seither ist, kann ich durch folgende Episode bezeugen: Die kubanische Regierung (natürlich unter Castros "grausamer" Präsidentschaft) schickte zu Clin-

tons Zeit den besten Impfstoff der Welt gegen Hirnhautentzündung nach Nordamerika (5), nicht geschäftsmäßig, sondern über die spezifisch aufgehobene Blockade "for humanitarian reasons", so das State Department, weil viele Kinder in den USA den Impfstoff benötigten. Im Gegenzug hat das Department of Treasury im Jahre 2007 den Export von Herzschrittmachern für Kinder nach Kuba verboten (6).

Es wäre zu einfach gewesen, den Imperialismus für alle kubanischen Misserfolge schuldig zu sprechen. Die kubanische Revolution hat freilich viele Irrtümer begangen. Dazu zwei Bemerkungen: Zum einen gab es immer eine gnadenlose Selbstkritik und eine angebrachte Richtigstellung. Und zum anderen hat das kubanische Volk die Tugend besessen, die bestimmt von Fidel stammte, die Niederlagen in Siege zu verwandeln.

Die Geschichte der gescheiterten Ernte der zehn Millionen Tonnen Zucker im Jahr 1970 ist ein gutes Beispiel hierfür (7)(8). Die fixe Idee kam von Fidel: Die größte Zuckerproduktion aller Zeiten sollte es werden und es hätte ein riesiger Sieg gegen die USA werden sollen! Die Agrarreform war weiter fortgeschritten als die Blockade, der Markt in der UdSSR war gesichert und die Moral der kubanischen Bevölkerung sehr hoch. Dennoch wurde dieser Kampf verloren, weil die Leistungsfähigkeit der Zuckerfabriken ungenügend war, weil die konzentrierte Anstrengung auf die Zuckerrohrernte einen Dominoeffekt über die Gesamtwirtschaft bewirkte und schlussendlich auch deshalb, weil der Idealismus grösser war als die reale Wirtschaftsplanung.

Wäre das Ziel auf sieben oder acht Millionen gesetzt worden - wie es die Techniker vorgeschlagen hatten -, so wäre es ein Erfolg gewesen. So aber wirkte die Nachricht, die Fidel ganz offen in einer Rede mit einem anderen Thema

frühzeitig ankündigte, für das Volk wie eine eiskalte Dusche. Er war eben nicht nur Politiker, sondern vor allem ein Mensch. Dazu behauptete Fidel, dass der Misserfolg lehrreicher sei als ein Erfolg und dazu führen würde, das Bewusstsein zu stärken und die Mängel und Begrenzungen zu überwinden. Jedenfalls hat dieser Aufwand über sieben Millionen Zucker produziert und die Moral sowie die Wirtschaft in der Insel letztendlich gestärkt.

Die Erfolge Kubas auf den Gebieten Erziehung und Gesundheit auf nationaler Ebene sind wohl bekannt. Nicht nur, dass die Statistiken über das Land mit dem besten Gesundheitsniveau des amerikanischen Kontinents dies bezeugen, sondern auch, weil Kuba tausende Gesundheitsarbeiter in die Welt schickt, ohne irgendeinen Gewinn zu erwarten. So war das z.B. bei der Cholera-bekämpfung in Haiti, als Kuba mehr Ärzte hinschickte als die gesamte Weltgesundheitsorganisation, oder bei den zehntausend Chernobyl-Kindern, die sich in Kuba erholen konnten. Kuba gründete außerdem eine Medizinische Fakultät mit erstklassiger Qualität, um Ärzte aus aller Welt ganz kostenlos auszubilden. Schon etwas darüber in den europäischen Medien gelesen, gehört oder gesehen?

Um über Erziehung und Bildung in Kuba zu schreiben, hätte ich hier zu wenig Platz(9). Dafür aber erzähle ich Euch (denjenigen, die mich nicht schon den Fanatikern zugeordnet haben) eine eigene Erfahrung im Bereich der sozialen Errungenschaften: Ich begleitete als Dolmetscher Dolores Bauer, eine fromme Katholikin und großartige österreichische Journalistin, nach Kuba. Unter anderem besuchten wir ein Altersheim, ein geräumiges, modernes und gut ausgestattetes Gebäude mitten in Havanna. Die Insassen waren offensichtlich zufrieden in der "Casa de los Abuelos" (Haus der Großeltern), wie die Altersheime in

Kuba genannt werden. Wir wurden von einer Nonne durch das Haus geführt. Man sah von ihr nur das Gesicht und die Fingerspitzen, eine katholische Nonne, also keine Muslimin. Zum Schluss der Führung sagte Dolores, das Heim wäre ein gutes Werk der Kirche. Da meinte die Madre Superiora empört: "Welche Kirche? Das hier haben wir Fidel zu verdanken!"

Als Revolutionär hat Fidel die kühnsten wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und sozialen Projekte konzipiert: den Bauern Land, den Analphabeten Ausbildung, den Fabrikarbeitern Arbeit, der Jugend Hoffnung und den Frauen Würde, den Schwarzen Gleichstellung und Gesundheit für alle. Freilich agierte Fidel nicht aus karitativen Gründen, auch wenn ihn Forbes einst zu den reichsten Millionären der Welt gezählt hat(10). Er war ein Visionär, der die Wünsche und Kräfte seines Volkes interpretieren konnte. Er war, um es mit einem Begriff aus der Chemie auszudrücken, ein Katalysator. Hätte es keinen Fidel gegeben, so wäre der Umschwung - nicht nur in Kuba - später und mit einem anderen Fidel geschehen.

Heute ist wohl dem Fidel Castro nicht nur die Einheit seines Volkes, sondern auch ein gewisser Zusammenhalt in der Dritten Welt, das Aufleben der lateinamerikanischen Linken und die Förderung der internationalen Solidarität zu verdanken (11).

Nun ist Fidel tot, er starb zehn Jahre später als die Verleumder der kubanischen Revolution es gewünscht hätten. Die Fragen sind immer noch dieselben: Was wird mit Kuba geschehen? Wird die Revolution so zu Grunde gehen wie in der Sowjetunion? Aber Kuba ist nicht die UdSSR. Der Absturz des "sowjetischen Modells der sozialistischen Entwicklung" hat bewiesen, dass die marxistisch-leninistische Theorie über den Staat und die Revolution nicht wie ein Kochrezept angewendet werden kann.

Fidel behauptete, dass die Involution oder Umkehrung der Revolution durch die rechtzeitige Korrektur der Fehler in der Partei und der Staatsverwaltung, die Rektifikation der wirtschaftlichen Tendenzen, die zu kapitalistischen Modellen führen, und durch Maßnahmen zur Vermeidung der Korruption, der Verschwendung, der Ausrede, der Lügen, der Privilegien und der Veruntreuung öffentlicher Güter vermieden werden kann. Aber außerdem fügt Fidel in seinen Überlegungen eine Grundbedingung für den Aufbau des Sozialismus hinzu: die revolutionäre Ethik. Der Machtmissbrauch, die Korruption und die Privilegien werden durch das Fehlen revolutionärer Ethik und durch mangelndes Klassenbewusstsein verursacht, aber auch durch ungelöste wirtschaftliche Probleme. Für Fidel war klar, dass der Sozialismus die ganzheitliche Entwicklung der Ökonomie braucht und auch, dass er keine kapitalistische Entwicklung für Kuba haben wollte. In diesem Sinne wurde es im 7. Parteitag der Kubanischen Kommunistischen Partei entschieden. (12)

Es ist jedenfalls so: Ob die Revolution weiter bestehen bleibt

oder rückgängig gemacht wird (13), hängt einzig und allein vom kubanischen Volk ab. Fidel hat dies sehr klar und deutlich in seiner Rede vom 17. November 2005 ausgedrückt.

Zum Schluss die Empfehlung, das Buch über die politischen Ideen Fidel Castros zu lesen, verfasst von einem Österreicher namens Ernst Fürntratt-Klöp, der oft in Kuba war und die kubanische Revolution sehr kritisch beobachtet hat: Das Buch heißt ursprünglich "Revolucionario por amor", sein Autor schrieb es auf Spanisch unter den Namen Ernesto Fidel Cházaro (14).

Ricardo Loewe

2 Walter Wendelin, Prolog zu: Katrien Demuyck y Marc Vandepitte: El factor Fidel. El pensamiento político del comandante. Boltxe, 2016. <https://www.boltxe.eu/denda/>

3 Fernando Corona Gómez: La imagen de Fidel Castro en la revista Life, 1957-1960. <http://www.cialc.unam.mx/cuadamer/textos/ca150-61.pdf>

4 Siehe dazu Leon Rozitchner: Moral burguesa y revolución. Ediciones Biblioteca Nacional. Argentina, 2012. <http://trapalanda.bn.gov.ar/jspui/handle/123456789/7503>

5 http://elpais.com/diario/1999/08/08/sociedad/934063215_850215.html

6 <http://www.cubainformacion.tv/index.php/bloqueo/36310-denuncia-cuba-impacto-del-bloqueo-en-los-ninos>

7 Julio García Luis: Fidel Castro: La vida del combate y la virtud. <http://www.cubaperiodistas.cu/index.php/fidel/apunt-es-del-dia/>

8 La Zafra de los diez millones: una mirada retrospectiva. www.rebellion.org/docs/168474.pdf

9 Luis Hernández Navarro: Fidel Castro y la educación en Cuba. El virus del deseo de saber. <http://www.rebellion.org/noticia.php?id=220417>

10 http://www.forbes.com/billionaires/2006/05/04/richings-dictators_cz_lk_0504royals.html

11 Siehe Gallardo, Helio: Crisis del socialismo histórico: ideología y desafíos. San José, Costa Rica, DEI, 1991. Der chilenische Theologe und Wirtschaftswissenschaftler Gallardo begründet unter anderem, dass die Niederlage des Sozialismus in Kuba eine fünfzigjährige Verzögerung der Entwicklung Lateinamerikas bedeuten würde.

12 Zentraler Bericht an den 7. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas, verlesen vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees, Armeegeneral Raúl Castro Ruz, Havanna, 16. April 2016, 58. Jahr der Revolution. www.fgbrdkuba.de/txt/doc/20160416-raul-castro-rede-parteitag-2016.php

13 Enrique Ubieta Gómez: Cuba ¿revolución o reforma? Editorial Abril, Cuba, 2012. ISBN 978-959-210-823-3

14 Eine Übersetzung findet sich unter Fürntratt-Kloep, Ernst F.: Unsere Herren seid ihr nicht! Das politische Denken Fidel Castros. 3. Auflage, Papy-Rossa Verlag. ISBN 978-3-89438-185-1

Anmerkung des LayOuters für alle Skeptiker: Ja, mir ist der Text auch ein bisschen zu hagiographisch — aber die akin ist ja auch ein Diskussionsorgan...

Chaos säen

Die Website www.german-foreign-policy.com sieht die Ukraine tief im Korruptionssumpf

Vier Jahre nach dem Beginn der Maidan-Proteste am 21. November 2013 dauern die Missstände, die damals zu den Auslösern der Demonstrationen zählten, in der prowestlich gewendeten Ukraine an. Dies gilt unter anderem für die ungebrochene Macht der ukrainischen Oligarchen. Bereits vor einem Jahr stellten Experten fest,

dass sich zwar Verschiebungen zwischen den unterschiedlichen Oligarchenfraktionen vollzogen hatten [1]. Das ändere jedoch, hieß es, nichts daran, dass sie weiterhin die Kiewer Politik in hohem Maß unter Kontrolle hätten. Aktuelle Untersuchungen bestätigen das. In den vergangenen zwei Jahrzehnten habe sich gezeigt, "dass die periodischen politischen Regimewechsel in der Ukraine nur eine begrenzte Wirkung auf das oligarchische System gehabt" hätten, urteilen etwa die Autoren einer Analyse der Swedish International Development Cooperation Agency (Sida). Auch nach dem Umsturz vom Februar 2014 beherrschten Oligarchen "strategische Wirtschaftszweige"; so kontrollierten sie - nur ein Beispiel - rund 80 Prozent des Fernsehmarkts.[2] Bei

dem Brüsseler Think-Tank Bruegel heißt es ebenfalls, nach dem Umsturz habe sich "nicht viel geändert"; der Einfluss mancher Oligarchen habe sich sogar noch verstärkt.[3] In der Tat lenkt seit 2014 mit Petro Poroschenko ein Oligarch ganz offiziell die Geschicke des Landes - als Staatspräsident.

Korruption und Fake News

Entsprechend hält die Korruption auf hohem Niveau an. Erst kürzlich ist - beispielsweise - ein Fall bekannt geworden, bei dem der Sohn von Innenminister Arsen Awakow Rucksäcke an die Armee verkaufte - für das Sechsfache des üblichen Preises. Von einem Schaden in einer sechsstelligen Euro-Höhe war die Rede. Als das Nationale Antikorruptionsbüro die Woh-

nung des Mannes durchsuchte, schritt die dem Innenminister unterstehende Nationalgarde ein und stoppte die Maßnahme - unter dem Vorwand, eine Bombendrohung für das Haus erhalten zu haben und nun die Wohnung räumen zu müssen.[4] Der Fall war im Vergleich zu anderen geringfügig. Mit scharfer Kritik meldet sich immer wieder Sergej Leschtschenko zu Wort, ein überzeugter Befürworter des Umsturzes, der von 2000 bis 2014 als investigativer Journalist für die prowestliche Tageszeitung *Ukrainska Prawda* arbeitete, sich danach ins ukrainische Parlament wählen ließ und dort dem Antikorruptionskomitee angehört. Im Parlament, berichtet Leschtschenko, "liegt die Korruption in der Luft"; das werde bei Abstimmungen über den Haushalt besonders deutlich: Dann dauerten "die Parlamentssitzungen ... bis fünf Uhr morgens, weil die korrupten Interessen aller politischen Einflusszentren befriedigt werden müssen".[5] Leschtschenko zufolge wird nicht nur die Generalstaatsanwaltschaft vom Präsidenten persönlich kontrolliert, sondern auch der Geheimdienst, der "zivilgesellschaftliche Aktivisten, unabhängige Journalisten und Oppositionspolitiker" überwacht und "bei der Regelung von Unternehmenskonflikten" eingreift. Ergänzend ist zur Diskreditierung von Kritikern unter anderem "eine ukrainische Trollfabrik" eingerichtet worden - "ein Zentrum zur Produktion von fiktiven Internetnutzern und Fake-News für Informationsattacken gegen Regimegegner".

Zerfall und Chaos

Oligarchenherrschaft und Korruption in unverändert desaströser sozialer und wirtschaftlicher Lage schlagen sich mittlerweile ganz erheblich auf die Stimmung in der ukrainischen Bevölkerung nieder. So sind lediglich 17 Prozent aller Ukrainer der Auffassung, im Land finde eine - wie auch immer zu definierende - "Konsolidierung" statt. 75 Prozent hingegen beschreiben die aktuelle Entwicklung als "Zerfall", während 85 Pro-

zent die Lage schlichtweg als "Chaos" bezeichnen. 69 Prozent geben sich überzeugt, landesweite Proteste gegen die prowestliche Regierung seien ohne weiteres denkbar.[6] Die Zustimmung zur Amtsführung von Präsident Poroschenko ist dramatisch abgestürzt: Sie liegt aktuell nach verschiedenen Umfragen bei zwei bis sechs Prozent.[7]

Angriff auf die Pressefreiheit

Dabei bringt die ukrainische Regierung nicht nur mit ihrer Korruption, sondern auch mit so manchem antirussischen Exzess sogar ausländische Maidan-Sympathisanten gegen sich auf. So führte etwa die im Mai gefällte Entscheidung von Präsident Poroschenko, nicht nur russischen Fernsehsendern die Lizenzen in der Ukraine zu entziehen, sondern auch populäre russische soziale Netzwerke wie VKontakte ("im Kontakt") und Odnoklassniki ("Klassenkameraden") sowie den E-Mail-Provider mail.ru zu sperren, zu empörten Protesten: Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch kritisierte die Maßnahme als "zynische, politisch kalkulierte Attacke auf das Informationsrecht von Millionen von Ukrainern"; Reporter ohne Grenzen klagte, es handle sich um einen "nicht hinnehmbare[n] Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit".[8] Kiew hat zudem vor kurzem ein neues Sprachengesetz verabschiedet, das den Gebrauch von Minderheitensprachen im Land empfindlich einschränkt. Vor allem trifft dies die russischsprachige Minderheit, die auch nach der Abspaltung der Krim und von Teilen der Ostukraine noch recht zahlenstark ist. Weil die Maßnahme allerdings unter anderem auch die ungarischsprachige Minderheit in der Ukraine trifft, hat die ungarische Regierung angekündigt, Kiews Annäherung an die EU und die NATO bis zur Rücknahme des Gesetzes zu blockieren.

Im Auftrag prowestlicher Kräfte

Während die politischen Spitzen der prowestlich gewendeten Ukraine in dieser Woche feierlich den vierten Jahrestag des Beginns der Maidan-Demonstrationen begangen haben, sind neue Berichte bekannt geworden, denen zufolge das Kiewer Blutbad am 20. Februar 2014, das den letzten Anstoß zur Eskalation der Proteste sowie zum Sturz der Regierung Janukowitsch gab, von Scharfschützen-Morden im Auftrag von Regierungsgegnern ausgelöst wurde. Einer der Scharfschützen hatte dies schon im Februar 2015 eingeräumt und damit bestätigt, was sich bereits wenige Tage nach dem Blutbad in Kiew herumgesprochen hatte: Der estnische Außenminister Urmas Paet hatte gegenüber der EU-Chefaußenpolitikerin Catherine Ashton Anfang März 2014 in einem mitgeschnittenen Telefongespräch berichtet, der Verdacht mache die Runde, "jemand aus der neuen Koalition" in der ukrainischen Hauptstadt könne die Scharfschützen-Morde in Auftrag gegeben haben (german-foreign-policy.com berichtete [9]). Im Februar 2016 hat sich der Maidan-Aktivist Iwan Bubentschik dazu bekannt, im Verlauf des Massakers ukrainische Polizisten erschossen zu haben. Bubentschik bestätigte dies in einem Film, der internationale Beachtung fand.[10]

"Wahllos schießen"

In der vergangenen Woche haben nun ein Bericht in der italienischen Tageszeitung *Il Giornale* und eine Reportage des TV-Senders Canale 5 weitere Details enthüllt. Darin berichten drei Georgier, an jenem Tag ebenfalls als Scharfschützen eingesetzt worden zu sein - im Auftrag der damaligen Regierungsgegner. Demnach sei ihnen explizit befohlen worden, sowohl auf Polizisten als auch auf Demonstranten zu schießen - um "Chaos zu säen".[11] Trifft das zu, dann bricht die offizielle, auch von Berlin vertretene Behauptung, die ukrai-

schen Repressionskräfte hätten das Massaker am 20. Februar gezielt gestartet, in sich zusammen. Schwer wiegt zudem, dass die drei laut Eigenaussage tatbeteiligten Georgier nicht nur sich selbst schwer belasten; ihre Aussagen begründen zudem einen gravierenden Verdacht gegen teils einflussreiche Politiker in der heutigen, prowestlich gewendeten Ukraine.

(gek.)

[1] S. dazu Zauberlehrlinge (III) <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7102/>

[2] Wojciech Konończuk, Denis Cenu?a, Kornely Kakachia: Oligarchs in Ukraine, Moldova and Georgia as key obstacles to reforms. Swedish International Development Cooperation Agency 24.05.2017.

[3] Marek Dabrowski: Ukraine's oligarchs are bad for democracy and economic reform. bruegel.org 03.10.2017.

[4] Reinhard Lauterbach: Solide zerstritten. *junge Welt* 04.11.2017.

[5] Sergej Leschtschenko: Markenzeichen Korruption. zeit.de 05.05.2017. S. auch Das korrupteste Land in Europa. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7171/>

[6] Umfragen zur Entwicklung der sozialen Lage und zur Proteststimmung in der Bevölkerung. In: *Ukraine-Analysen* Nr. 191, 15.11.2017.

[7] Reinhard Lauterbach: Solide zerstritten. *junge Welt* 04.11.2017.

[8] Zitiert nach: Steffen Halling: Kritiklos heraus aus dem Netz des Feindes? In: *Ukraine-Analysen* Nr. 186, 14.06.2017. S. 2f.

[9] S. dazu Die Kiewer Eskalationsstrategie <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/6226/> und Von Raëak zum Majdan. <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/6565/>

[10] Katya Gorchinskaya: He Killed for the Maidan. foreignpolicy.com 26.02.2016.

[11] Gian Micalessin: La versione dei cecchini sulla strage di Kiev: "Ordini dall'opposizione". ilgiornale.it 15.11.2017.

Quelle: <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7456/>

Zu weiteren Details der Aufarbeitung des Maidan-Massakers siehe auch <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7459/> Allerdings findet sich auch dort keine Information oder auch nur Mutmaßung darüber, warum die mutmaßlichen Attentäter jetzt mit dieser Geschichte auspacken

Termine

Anderungen bitte uns bekanntzugeben! Telefonnummern ohne Vorwahl sind Wiener Festnetz-Nummern.

Ständiges

DEMOS

Critical Mass (aka Radldemo), <http://www.criticalmass.at/>; Wien, j. 3. Freitag i Mon 16:30, Schwarzenbergplatz, 17h Abfahrt.; Graz, j. letz Freitag i Mon - 16:30 Südtirolerplatz; Innsbruck, j. letz Freitag i Mon, 17:00, Maria-Theresien-Straße (Annasäule); Linz, j. letz Freitag i Mon, Treffpunkt 16:30 Hauptplatz, Abfahrt 17h; Salzburg, j. letz Freitag i Mon, 17h Kurpark vor Kongresshaus

Salzburg, jew. am ersten Samstag des Monats SLP-Kundgebungen gegen die radikalen AbtreibungsgegnerInnen, ab 10 Uhr vor dem Landeskrankenhaus /Müllner Seite

ARCHIVE, INFOLÄDEN, BUCHHANDLUNGEN U.Ä.

INFOLÄDEN: Wels: 4600 Spitalhof 3, Tel.07242/910432; Mi, Do 14-18, Fr 14-22, Sa 11-14, infoladen-wels@liwest.at; Korneuburg: IL Kamtschatka Zivild.berat., Bücher, Zeitschr., j. 1.u.3. Mi i.Mon. 15.30-16.30, 2100 Laaer Str. 6; IL Linz: Treibsand Rudolfstr.17, Di, Fr, Sa 16-20h, <http://www.kv-treibsand.at.tf>; IL Salzburg: Lasserstr.26, Di+Do 16-20h, So 13-19h.

infoladen.salzburg@gmx.net; IL Bregenz, AJZ Between, Bahnhofstr.47, 05574/44379, juzbuch@gmx.at

EKH (1100, Wielandg. 2-4): Que(e)r Mittwochs-Beisl 18.30-24h. Infol.X: Mi-Do 14-20, Fr, Sa 14-22h. VOLXBibliothek Do 16-20 h. www.med-user.net/~ekh; HausBibliothek, Do 16-20h, www.med-user.net/~ekh/bibliothek.html

PrekärCafe .j. 1. Di im Monat 20h Disk.; ab 18h. 1010 Wipplingerstr.23/Stiegenabg. Buchhandlung "Libreria Utopia": 1150, Preysingg. 26-28, Mo-Fr ab 15h, Sa ab 12h. Infos radicalbookstore.com

Anarchistische Buchhandlung Wien, Oelweing. 36/5, 1150; Di & Mi, 18-20h & j. 1.&3. Sa i. Monat, 12-16:30

Anarchistische Bibliothek jed. Mo 18-20h oder nach Absprache. 1080 Lerchenfelder Str.124-126/Hof 3/Tür 1a, <http://a-bibliothek.org>

Archiv d soz. Beweg., Mi u.Fr

17-20h, Kontakt www.bibliothek-vonunten.org, archiv.wien@gmx.at, 1010 Wipplingerstr.23

Marxer Lesestube (Zeitungen, Sachbücher) Do 17-18h, auch vorher und nachher. 1030 Marxerg. 18 (Ecke Gärtnerstr.), Tel. 0681 1027-8815

ARBEITSLOSE

aha - Arbeitslose helfen Arbeitslose: 2. oder 1. Do. im Monat, Khevenhüllerstr 4, 4020 Linz <http://www.vereinaha.at/Infoabende.htm>

"Aktive Arbeitslose Österreich": Offenes Treffen mit Beratung jeden 4. Do ab 16 Uhr Café Müllner, Payerg.14/Yppenplatz 2, 1160; SzbG - Regionalgruppe: J. 4. Mi.i.Monat, Beisl im ABZ, Kirchenstraße 34, Salzburg. Telef Beratung 0676 3548310, <http://www.aktive-arbeitslose.at>, Online-Rechtsinformation: <http://www.arbeitslosennetz.org>

AMSand, Beratung jeden Donnerstag, 18-20h, Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070, <http://amsand.net>

AMSEL: J. 2. Do (werktags) von 17-20h im Infoladen Schwarzes Radieschen Steinfeldgasse 2, 8020 Graz <http://www.amsel-org.info>

"Zum Alten Eisen?", Do ab 16:30, Cafe Siebenbrunnen, 1050, Siebenbrunnenplatz <http://www.zum-alten-eisen.at>, T 0650/92 06 731

FRAUEN:

FLMZ, Währingerstr. 59/St.6, 1090, Eingang Prechtlgasse, T+F 4085057, Plenum: j.1. Do, 18:30, 2.St; FZ-Beisl: Do-Sa ab 19h, Plenum: j.2.u.4. Di 18h, j.3.Do, 20h: Kitschfilmband; ARGE Dicke Weiber, jed. 2. Fr, 17,30; T4028754; Beratungs-, Therapie- & Bildungszent.f. Immigrantinnen, T4086119, <http://www.peregrina.at>; V. Förderung femin. Handwerkerinnen, T4084443

Frauensolidarität, feministisch-entwicklungspolitisch: Bibliothek & Dokumentation 1090 Ssenseng.3, Tel.3174020-400, Öffnungszeiten Mo-Di 9-17h, Mi-Do 9-19h, Fr 9-14h. netz: www.frauensolidaritaet.org

Archiv der Frauen- u. Lesbenbewegung Stichwort, 1040 Gusshausstr.20/1A+B, Tel. 812 98 86, e-mail: office@stichwort.or.at, geöffnet Mo + Di 9-14h, Do 14-19

FRIEDEN

Arge WDV, argewdv@verweigerer.at, 535 91 09, Fax 5327416. 1010 Schotteng. 3a/1/4/59. Wehrdienstverweig. u. Zivild.berat. Mo 18h, Deserteurs- u. Flüchtl.berat. Mi 18h; www.deserteursberatung.at; Tel. 533 72 71; Rechtsberatung bei dring. Fällen: 0699/112 25 867, solidaritaetsgruppe@chello.at

Wr.Friedensbew., Plenum jed. 1. Di. i. Mon. 19h, Lokal Rotpunkt, 1050 Reinprechtsdorfer Str. 6

Solidar-Werkstatt (vormals friwe), Waltherstr. 15, 4020 Linz, T. 0732/771094, F. 0732/797391, office@solidarwerkstatt.at, <http://www.solidarwerkstatt.at>

Internat. Versöhnungsbund lädt www.versoehnungsbund.at; Tel.408 5332, 1080 Lederegg. 23/3/27

PARTEIEN

SLP: 1200 Pappenheimg.2/1, T. 5246310, F. 5246311; Termine unter www.slp.at, Treffen: SLP-West jew.Mo. 18,30

Buchh.Libreria Utopia 1150 Preysingg.26-28, Brigittenau West, Do 19h im SLP-Büro 1200 Pappenheimg.2/1, Brigittenau Ost, Die 18,30 im SLP-Büro, Graz, Die, 19h Rest.Rondo, Marienplatz 1, Linz, Die, 18.30, Alte Welt, Hauptpl.4; SzbG, Mo 19h, Shakespeare, Hubert-Sattler-G. 3/Mirabellplatz; NÖ und Tirol: unregelmäßig, Infos slp@slp.at, Gmunden jew. Fr, 18h im Einkaufspark, Habert Cafe

KPÖ: Linz, Treffpunkt Cafe KPÖ, Mi 18h, Melicharstr.8

Polit. Bezirksini. PolDi-Politik Direkt am 1. oder 2.Mo im Mon, 19h Uhr, Cafe Sperlhof, 1020 Große Sperlg. 41. <http://poldi.mond.at>, Nachfragen: 319 44 86 o. poldi.news@mond.at

SONSTIGES

LICRA - Internat. Liga gg. Rassismus & Antisem., NGO, Jour fixe j. 1. und 3. Mo im Mo, 19:30, Rep.Club, 1010, RoccKhg.1/Cafe Hebenstreit

WILJ-Wr. Lehr.In.Ini j. 1. Mi. 19:30 KIV, 1020 Odeong.1/Gr. Mohreng.

Wuk-Inforunde: j. 1. Mi. i. Mo. 18h. Permakultur, Selbstversorg., Tauschkreise, Veganes; 1090 Währ. Str.59

RKL & Aktionskom. gg. Sozialabbau: Vorstand-Zentrum, Gußhausstraße 14/3, 1040, So von 16-22h, Soli-Cafe Di 18h

Kostnixladen [virtuell: www.geldlos.at](http://virtuell.www.geldlos.at) - real: im vekk. 1050 Zentag.26, Mo, Do, Fr jew. 15-20h. ebda: WEGzehr & Kost-Nix-Kino jed. 1. Do im Mon., kochen ab 14h, ab 20h filme und vökü

AUGE/UG Büro, Termine/Themen: <http://www.auge.or.at>, Mi., Ort: Belvedereg. 10/1, 1040; KIV/Unabh. Gewerksch. Gemeindebed., KIV-Club Odeong.1/ Eingang Ecke Mohreng., 1020, kiv@kiv.at

VIRUS Di, 20h WUK-Umweltb., 1090 Währ.Str.59, Eisenstiege

Pankahyttin, jeden Dienstag ab 20h Stammtschen. 1150 Johnstraße 45/Halle, www.pankahyttin.isdrin.at

Bikekitchen ReparierBAR: Donnerstag Selbsthilfwerkstatt: 16-20h / Community: 20-24h, jd. 1.Fr im M. 16-20h Rad-Werkstatt nur für Frauen, Lesben und Transgender. 1150 Goldschlagstr.8. Gebrauchte Ersatzteile sind vorhanden.

Offenes Treffen des ehem. Speakerscorner gg Schwarzbunt j. 1. Do im M., 19 Uhr Käuzchen, 1070 Gardeg./Neustiftg.

Anlaufstelle zur gewerkschaftlichen Unterstützung undokumentiert Arbeitender (UNDOK): ÖGB-Haus Catamaran 1. Stock,

1020 Johan Böhm Platz 1, U 2 Station Donaumarina

Die Academy von Amnesty International bietet div. Workshops und Seminare an, z.B. über Flucht, Menschenrechte, Islam, Antirassismus, Argumentationstraining u.a. Infos unter www.academy.amnesty.at, Tel. 78008

Treffen der Versöhnungsbund-Aktiv-Gruppe, Jour fixe letz Mo im Monat, ab 17.30 im Seminarraum, 1080 Lederegg. 23/3/27. <http://www.versoehnungsbund.at>

Basisgruppe Gesellschaftskritik Salzburg: Disk.abende jew. Di &

Sa im Sub und im Infoladen. Infos und konkrete Termine geskript.wordpress.com.

WEN DO - feministische Selbstverteidigungs-Kurse für Frauen und Mädchen im FMLZ, 1090, Währinger Str 59/St6, Kontakt 01/408 50 57, www.wendo-wien.at, e-mail: wendo.wien@gmx.at

Derzeitiges

Ausstellung in der VHS Hietzing bis 17.12.2017: Heimat & Verlust - 15 Jahre Kunst-Platzl und Young-Austria-KünstlerInnen, die im 2. Weltkrieg für unsere Freiheit wirkten. Koordiniert von Sonja Frank. 1130 Hofwieseng.48, geöffnet Mo - Fr 8 - 18 Uhr.

Uni Wien, Stiege 5, HS 16 Hochparterre, jeweils Dienstag 15:00 im ganzen Wintersemester VORLESUNGSREIHE zum Thema: Sozial Ungleichheit - neue Ansätze und Nachwuchsperspektiven. 1010 Universitätsring. Info: http://tinyurl.com/akin21UNI

Margarete Schütte-Lihotzky Raum, Ausstellung bis 29.6.2018: WOHN-Geschichten, über die Wohnbauprojekte der Architektin, von der Siedlerbewegung in den 1920er Jahren, ergänzt mit Geschichten des Wohnens, samt Spuren und Wirkungen der Jahrzehnte. 1030 Untere Weißgerberstr.41, geöffnet Di, Mi 10 bis 14h, Do, Fr 14 - 18h

Donnerstag, 30.11.

Aktionsradius, 19,30, Vortrag Ernst Wolff: Finanz-Tsunami - was kann der Einzelne tun? 1200 Gaußplatz 11

FH des BFI Wien, 18 - 19h30, 1. Stock, L 104: Demokratisierung oder Desintegration - wohnen steuert die Europäische Union? 1020 Wohlmutstr.22, Info und Anmeldung http://www.fh-vie.ac.at/News-Presse/News/29.-Forum-FH

NIG, Hörsaal II Erdgeschoß, 18,30, Disk.: Grünes Fliegen - gibt es das? 1010 Universitätsstr.7

Freitag, 1.12.

Österreichisch Arabischen Kulturzentrum, 19h: War Against the People: Israel, the Palestinians and Global Pacification". Der bekannte amerikanisch-israelische Friedensaktivist und Autor Jeff Halper befindet sich auf

einer Vortragsreise durch Europa. Eingeladen von Frauen in Schwarz (Wien) spricht er am 1. Dezember in Wien zum Thema seines jüngsten Buches. In englischer Sprache mit anschließender Diskussion. 1040 Gußhausstr.14/3

Sonntag, 3.12.

Lhotzkys Literaturbuffet, 11h, Matinee mit Prof. Wolfgang Häusler: Ideen können nicht erschossen werden. 1010 Rotensterng.2/Ecke Taborstraße. Info http://www.literaturbuffet.com/sonntag-3-12-11-00-matinee-mit-wolfgang-haeusler-ideen-koennen-nicht-erschossen-werden/

Montag, 4.12.

IWK, 18h, Vortrag von Wolfgang Gratz: Lehren aus der Flüchtlingsbewegung 2015. 1090 Bergg.17, Anmeldung iwkw@iwk.ac.at

Aktionsradius, 19,30, Buchpräs. und Musik mit Reza Algül: Der Alevismus! Ist das eine Philosophie, eine Glaubensrichtung oder eine Lebensform? Reza Algül bereitet auf informative und musikalische Weise die Geschichte der Aleviten auf. 1200 Gaußplatz 11

Diplomat.Akademie, 19h, Jour fixe: Nationalstaaten und ethnische Minderheiten im Vorderen Orient. 1040 Favoritenstr.15a,

Wappensaal, Rathaus Wien, 16h, Leave no one behind! Entwicklungspolitische Tagung zu Inklusion in der Entwicklungszusammenarbeit; Info und Anmeldung https://www.suedwind.at/

FORBA, 17h, Angekommen? Geflüchtete Menschen in der EU. Heftpräsentation und Podiumsdiskussion: Trendreport Arbeit, Bildung Soziales - Österreich im Europavergleich. 1020 Aspernbrückeng.4/5, Info und Anmeldung http://www.forba.at/

Dienstag, 5.12.

Depot, 18,30, Podiumsgespräch mit Publikumsbeteiligung und Ausstellung: Mehr als Wohnen - vom Wohnraum zum Lebensraum. 1070 Breite Gasse 3

NIG, Hörsaal III Erdgeschoß, 19h, Dritte Piste: Umwelt

gegen Arbeitsplätze? 1010 Universitätsstr.7

Mittwoch, 6.12.

Filmabend von KPÖ und KSV-LiLi, 18,30, gezeigt wird: Die Kommissarin/UdSSR 1967. Mit einer Einführung von Univ.Prof. Frank Stern und anschl. Diskussion. 1040 Gußhausstr.14/3

Depot, 19h, Thomas Hellmuth: Politische Bildung in Österreich. 1070 Breite Gasse 3

Bezirksmuseum Hietzing, 18,30: Der Papierkrieg - Auseinandersetzung zwischen USA und Österreich-Ungarn. Vor genau 100 Jahren erklärten die USA Österreich-Ungarn den Krieg. 1130 Am Platz 2

ÖGB-Catamaran, 18,30, Faire Arbeit 4.0 Wir diskutieren! 1020 Johann Böhm Platz 1, U2/Donaumarina. Info und Anmeldung http://www.voegb.at/

AfriPoint, 19,30, Benefiz-Theaterabend: 1994 - De Geista da Vagonganheit, Ein Solo-Erzähltheaterstück über eine Reise durch Ostafrika; 1060 Hofmühlg.2

Donnerstag, 7.12.

AUGE/UG, ab 18 Uhr die beliebte, freundliche, lustige und immer wiederkehrende NICHT-Weihnachtsfeier. 1040 Belvedereg.10

Werkl im Goethehof, 19h, ein Abend mit Misch Steinbrück: Kapitäninnen der Freiheit. Im Rahmen der Reihe "Literatur der Arbeits(losen)welt". 1220, Schüttaustraße 1-39/6/R02

Rathaus Wien, Führung um 11 Uhr, Treffpunkt Stadtinformation: Wien ist Menschenrechtsstadt! Diskussion ab 12,15 im Grünen Klub im Rathaus: Welche Bedeutung haben Menschenrechte heute - von der Europapolitik bis zur Kommunalpolitik? Stiege 6/Hochparterre, Anmeldung bis 1.12.2017 unter info.wien@gbw.at

Freitag, 8.12.

Linz, Solidarwerkstatt, 13h, Programmseminar zum Themenbereich Soziales - Wirtschaft -Umwelt. Waltherstr.15, Anmeldung unter office@solidarwerkstatt.at

Samstag, 9.12.

Linz, Solidarwerkstatt, 9h, Programmseminar Fortsetzung vom Freitag. Waltherstr.15

Jeweils von 11 bis 20 Uhr findet bis 10. Dezember zum 5. Mal das BUCHQUARTIER, die Buchmesse der kleinen und unabhängigen Verlage, statt. Für ein ganzes Wochenende verwandeln sich über 1.000 Quadratmeter im Wiener MuseumsQuartier ins BUCHQUARTIER. Bei freiem Eintritt entsteht ein ungezwungener und leiwander Rahmen für lese- und wortaffine Begegnungen mit über 90 Verlagen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz. Auf der Lesebühne finden an beiden Tagen und rund um die Uhr Veranstaltungen statt. Das gesamte Programm, die Aussteller und alle weiteren Infos gibt es auf www.buchquartier.com. MuseumsQuartier, Ovalhalle/Arena21/Freiraum, Museumsplatz 1, 1070 Wien.

Montag, 11.12.

Amerlinghaus, 20h, Wilde Worte mit Gastgeber: Richard Weihs, Gast: Nadine Kegele: Unfrisiert ist die bessere Frisur. Eine szenische Lesung nach literarischen Protokollen. Nach dem Vorbild von Maxie Wanders 1977 in der DDR erschienenem Frauen-Protokoll-Band "Guten Morgen, du Schöne" entwickelte Nadine Kegele eine Fortsetzung nach zeitgemäßen eigenen Maßstäben. Sie stellt einige der in diesem schwer politischen, aber dennoch leichtfüßigen Buch Interviewten szenisch vor. Ein Abend ohne Frisurentipps und "ein wundersames, lustiges und ganz unspöttisches Buch über die verwordagelten Biographien, die von (Geschlechter)-Verhältnissen geprägt, aber durchaus nicht bereit sind, sich von ihnen unterkriegen zu lassen." Lisa Bolyos/Augustin. 1070 Stiftg.8, Infos: www.nadine-kegele.net

Dienstag, 12.12.

Amerlinghaus, Galerie, 19h, Aufbruch-Diskussionsveranstaltung: Klima retten - aber wie? Warum kritischer Konsum nicht ausreicht. 1070 Stiftg.8

ÖGB, 16h, Wilhelmine-Moik-Saal, 1020 Wien; Globalisierung in der Sackgasse? Gewerkschaftliche Erfahrungen und Strategien aus Lateinamerika; 1020 Johann Böhm Platz 1, U2/ Info und Anmeldung
<http://www.voegb.at/>

Rotes Kreuz, 18h, Vortrags- und Disk.Veranst: Migration aus Afrika. Droht eine Massenzuwanderung nach Europa? 1040 Wiedner Hauptstraße 32

Donaacitykirche, 19h, Bericht über die Sommerakademie in Schläining von Alois Reisenbichler: Welt im Umbruch - Perspektiven für eine europäische Friedenspolitik. 1220 Donaacitystr.2/ U 1 Kaisermühlen

Rep.Klub, 19h, Diskussion: Avantgarde und die Politisierung der Kunst. 1010 Rokkhg.1

Depot, 19h, Feminisierung des Politischen, feminismen diskutieren. Eine feministische Politik rückt die radikale Verwundbarkeit der Einzelnen in den Fokus. Wird durch ihre Anerkennung als universelles Risiko eine umfassende Demokratisierung möglich? Kann dadurch eine kulturelle Transformation der Politik initiiert werden? In Barcelona sind jedenfalls Aktivist*innen nach den Protesten 2011 in die Institutionen gezogen, um diese Möglichkeit in der Praxis zu erproben. 1070 Breite Gasse

3

Mittwoch, 13. 12.

Vienna Peace Trail Walk ab 17h, mit Susanne Jalka (im Rahmen des NGO Committe on Peace). Nähere Infos über die "Friedenswege" in europäischen Städten: www.discoverpeace.eu.

Anmeldung für 13.12. im Büro: <http://www.versoehnungsbund.at/> (Treffpunkt wird dann bekannt gegeben)

Straßenkünstler_innenvernetzungstreffen für bessere Bedingungen für Straßenkunst in Wien, 14 - 18h, RAUM der IG Architektur, 1060, Gumpendorfer Straße 63b (Ecke Kopernikusgasse), Infos auf igkulturwien.net & auf Facebook, zur besseren Planbarkeit der Veranstaltung bitten wir um Anmeldung bis 10.12.2017 an office@igkulturwien.net

Depot, 19h, Geh Denken! Die Transformation der Stadt Wien 1938 – 1945. Mit der Ausschmückung Wiens für Hitlers Einmarsch begann die Transformation des Stadtraumes im Sinne der NS-Ideologie. Viele Großprojekte zur Neugestaltung der Stadt gingen jedoch nie über das Planungsstadium hinaus. Stattdessen wurden Schutz- und Abwehrbauten für den Krieg errichtet, die als Erbe der NS-Diktatur kaum noch wahrgenommen werden.

Donnerstag, 14.12.

IWK, 18h, Arbeitstagung: Die Organisation und Bildungsarbeit der Gewerkschaften in der späten Habsburgermonarchie und der Ersten Republik, am Beispiel der Tätigkeit von Richard Robert Wagner (1888 - 1941). 1090 Bergg.17

Depot, 19h, Diskussion: Was ist los in der Universität? Institutionelle Praxen im Kontext von neo-liberalen Reformen, antifeministischem Backlash und Re-Maskulinisierung zu hinterfragen ist für ein kritisches Gesellschaftsverständnis zentral. Das gilt auch für universitäre Strukturen, deren Verfügungsgewalt und Handlungsmacht sichtbar zu machen und zu diskutieren sind. Birge Krondorfer, Frauenhetz, Gerd Valchars, Politikwissenschaftler, Universität Wien. 1070 Breite Gasse 3

Tag X: Schulstreik gegen Schwarz-Blau

Unterstützt von: Grüne Jugend - GAJ Wien, First Step - antifaschistisches Jugendtreffen, Revolution Austria, Der Funke, Sozialistische Jugend Wien, Aktion kritischer Schüler_innen.

Nun steht es fest, Österreich bekommt eine schwarz-blaue Regierung. Das heißt nichts Gutes für die Lebenssituation der meisten Menschen. Auch du als Schüler_in wirst vom schwarz-blauen Tun betroffen sein. Konkret bedeutet das: Soziale Ungleichheit wird nicht bekämpft, sondern gefördert. Gute Schulbildung für alle steht bei ÖVP und FPÖ nicht auf dem Programm. Studiengebühren sind genauso zu befürchten wie weitere Verschlechterungen für Lehrlinge.

Rassistische Ausschlüsse und Hetze werden verstärkt. Statt ein gemeinsames Lernen zu ermöglichen, sollen Schüler_innen ohne Deutschkenntnisse ausgeschlossen werden. Auch Abschiebungen unserer Mitschüler_innen werden sich häufen.

ÖVP und FPÖ vertreten ein konservatives Frauenbild und stehen für die Aufrechterhaltung von Frauenunterdrückung. Frauenförderung, Aufklärungsunterricht und das Recht auf

Abtreibung sind unter der künftigen Regierung gefährdet.– Schon jetzt kannst du in der Schule kaum mitbestimmen. Dieser Zustand wird sich noch verschlimmern. An selbstbestimmtem Lernen liegt FPÖ und ÖVP gar nichts.

Wir können Kürzungen bei Mindestsicherung, Familienbeihilfe und im Gesundheitssystem erwarten. Das wird vor allem Schüler_innen ohne reiche Eltern treffen. Wer keinen österreichischen Pass hat, soll überhaupt nur das Notwendigste bekommen.

Staatliche Unterstützung für kritische Kunst, Kultur und NGOs wird massiv eingeschränkt werden. Gemeinsam können wir diesen Verschlechterungen etwas entgegensetzen. Lass uns am Tag X, dem Tag der Regierungsangelobung, mit unserem Widerstand beginnen. Streik mit uns, geh auf die Straße statt in die Schule und bring deine Freund_innen mit. Setzen wir uns gemeinsam für ein besseres Leben für alle ein – es liegt an uns! (Aussendungstext)

<https://www.facebook.com/events/1557151571019203/>



HC Strache

11. Mai · 🌐

👍 Seite gefällt mir

Kurz hat seit Monaten seine Vasallen vorgeschickt, damit sie ihm den Weg in eine "unbeschwerte" und möglichst "reibunglose" Spitzenkandidatur und ÖVP-Obmannschaft ebnen. Jetzt hat er Mitterlehner, der im Vorjahr einen schweren persönlichen Schicksalsschlag erleiden musste, in den Rücktritt gemobbt... Kurz geht politisch über Leichen - sogar innerparteilich. Das ist ein Alarmsignal für seine menschlichen Qualitäten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Österreicherinnen und Österreicher solch eine skrupellose und unehrliche Person wollen!



Kurz – Minister ohne Cour Rohrer

Kein österreichischer Politiker reagierte Präsidentenwahl in Frankreich am Sonntag
WWW.FISCHUNDFLEISCH.COM

... Schulklassen oder den Christbaum aus den Wohnzimmern und dem werden wir sicherlich nicht zusehen, so Mikl-Leitner." (APA-OTS 2007). Und 2009: "Niederösterreichs zuständige Landesrätin Johanna Mikl-Leitner versicherte umgehend: 'In Niederösterreichs Kindergärten wird es weiterhin Kreuze geben.' Es sei ein 'Kampf für unsere christlichen Werte und Traditionen', den sie 'gerne' aufnehme, so Mikl. Die Kreuze seien 'Ausdruck von Werten wie Toleranz, dem Umgang miteinander und sozialer Kompetenz, die noch niemandem geschadet haben'." (oe24.at)

Und 2017 ist sie für die FPÖ die Moslem-Mama. Das hat sie sich nun wirklich nicht verdient...

WAS DIE FPÖ SO ÜBER IHREN ZUKÜNFTIGEN KOALITIONSPARTNER DENKT —

links ein Statement des Großen Vorsitzenden vom Mai dieses Jahres und unten ein aktuelles Wahlkampfstatement, das besonders lustig ist, schließlich wurde MiLei ja bundesweit erst dadurch wirklich bekannt, weil sie als Landesrätin den christlichen Glauben derart vehement verteidigt hat: "Der Nikolaus ist in den niederösterreichischen Landeskindergärten herzlich willkommen. Im Gegensatz zu Wien halten wir Traditionen und Bräuche hoch und wollen unseren Kindern die Freude am Nikolaus nicht nehmen. [...] Wer heute den Nikolaus nicht mehr duldet, der verbannt morgen die Kruzifixe aus unseren ...



Freiheitliche Jugend - FJ Niederösterreich

21. November um 14:41 · 🌐

Schluss mit der Zwangsislamisierung unserer Kleinsten! Türkisch-Unterricht, Lehrerinnen mit Kopftuch und islamische Feste haben in unseren Kindergärten nichts verloren. Am 28. Jänner gehört Mosl-Mama Mikl samt ihrem Multi-Kulti-Wahnsinn abgewählt!



Wer sich nicht integrieren kann, wird abgeschoben!
 Wer sich integrieren kann — auch. Und zwar genau deswegen! Hier ein Beispiel aus Karlsruhe...

Mit dem Bescheid vom [REDACTED].2017 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Gesch.-Z.: [REDACTED]) wird der Asylantrag abgelehnt unter anderem mit der Begründung „ .. ihm wird von seinen Lehrern eine hohe Integrationsbereitschaft und überdurchschnittliche intellektuelle Leistungen zugesprochen. Dies lässt darauf schließen, dass dem Antragsteller bei einer Rückkehr nach Afghanistan der Aufbau einer Lebensexistenz möglich sein sollte.“

Quelle: <https://www.blogrebellen.de/2017/11/27/intellekt-und-hohe-integrationsbereitschaft-sind-gruende-fuer-abschiebung/>

VORSICHT: kleingedrucktes
 Die aktuellen Informationen verstehen sich als wöchentliches Diskussions-, Mitteilungs- und Nachrichtenblatt mit einem Termin- und Veranstaltungskalender. Weiters sollen Ideen und Informationen möglichst vieler fortschrittlicher Gruppen, Initiativen und Personen weiterverbreitet werden. Jeder Artikel drückt lediglich die Meinung der Unterzeichnenden aus. Redaktionsmeldungen und technische Informationen können ungezeichnet bleiben.

Bedeutung der Kürzel: "akin" bedeutet einen Eigenbericht, "bearb." bezeichnen Artikel, die ohne weitere Recherche übernommen, aber sprachlich bearbeitet wurden, "gek." bezeichnet reine Kürzungen.
 Die Redaktion besteht auf ihrer Autonomie und behält sich daher auch das Recht vor, Texte zurückzuweisen, zu kürzen oder zurückzustellen. Faschismen, Sexismen, Rassismen und Totalitarismen werden prinzipiell nicht gedruckt. Texte können aber teilweise oder komplett auch abgelehnt oder zur späteren

Veröffentlichung zurückgestellt werden, wenn sie beleidigend sind, nichts Neues respektive Mitteilenswertes enthalten, nicht, nur schwer oder nur einem Spezialpublikum verständlich oder rechtlich bedenklich oder überlang sind. Auch wenn durch eine Veröffentlichung ein unzumutbarer Schaden eintreten könnte, den die Redaktion sich zu verantworten außer Stande sieht, kann ein Abdruck unterbleiben. Ablehnungen können in der Akin mitgeteilt und begründet werden. Auf Verlangen einer solchen Begründung wird eine solche obligatorisch abgedruckt. Es liegt an der Redaktion, zu entscheiden, ob ein Text in eine der oben angeführten Kategorien fällt. Sollte nach längerer Diskussion kein Konsens innerhalb der Redaktion zu erreichen sein, entscheidet die Mehrheit der anwesenden Redaktionsmitglieder. Diese sind jedoch gehalten, nach einer für alle tragbaren Lösung zu suchen. Stimmberechtigte Mitglieder sind nur regelmäßige MitarbeiterInnen der Redaktion. Abgelehnte Manuskripte können in der Redaktion

eingesehen werden.
 Redaktionsschluss und öffentliche Redaktionssitzung: Montag, 18h. Jahresabonnement (etwa 28 Ausgaben): 70 Euro (bei BfS-Mitgliedern ist die Abgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 70 Euro plus ein bisschen einer Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe. Akin per e-Mail (als reiner Text oder pdf oder beides): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Auf eurem Adressenetikett steht in der obersten Zeile der Ablauf eures bezahlten Abos (z.B. 17/12 = Dezember 2017).

eingesehen werden.
 Redaktionsschluss und öffentliche Redaktionssitzung: Montag, 18h. Jahresabonnement (etwa 28 Ausgaben): 70 Euro (bei BfS-Mitgliedern ist die Abgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten). Ausland: 70 Euro plus ein bisschen einer Spende; 3 Ausg. gratis zur Probe. Akin per e-Mail (als reiner Text oder pdf oder beides): für Papierabon. gratis, ansonsten 30 Euro. Auf eurem Adressenetikett steht in der obersten Zeile der Ablauf eures bezahlten Abos (z.B. 17/12 = Dezember 2017).

IMPRESSUM: Medieninhaberin (verlegerin), Herausgeberin und Herstellerin: Bewegung für Sozialismus (föj), Belvedereg. 10, 1040 Wien. Nachdruck unter Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erbeten. Reproduktionen im Internet bitte unter Angabe unserer Webadresse oder des Deeplinks sowie Benachrichtigung per Mail. DVR-Nummer: 0557 021.

postadresse: Lobenhauerng.35/2, 1170 Wien. **redaktionsadresse:** Dreyhausengasse 3, Kellerlokal, 1140 Wien. Telefon: 01 53 56 200 oder 0665 65 20 70 92 - akin.redaktion@gmx.at - [archivhomepage http://akin.mediaweb.at](http://archivhomepage.http://akin.mediaweb.at) - [blog https://akinmagazin.wordpress.com](http://blog.https://akinmagazin.wordpress.com) - <https://www.facebook.com/akin.magazin> - [twitter @akinmagazin](https://twitter.com/akinmagazin) - [radio-podcast http://cba.fro.at/series/1137](http://radio-podcast.http://cba.fro.at/series/1137)

Konto: bank austria, lautend auf: föj — Bewegung für Sozialismus, IBAN AT04 12000 223 102 976 00, BIC: BKAUATWW